

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Insertate für die vierspaltige Pettizelle oder deren Raum 60 Pfg.  
Bergnügungsanzeigen und Arbeiterermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

### Zum Verbandstag in Dresden.

Alle zwei Jahre versammeln sich die Vertreter der Verbandsmitglieder, um von der Leitung des Verbandes Rechenschaft über ihre Tätigkeit zu verlangen. Der von der Organisation in der Zwischenzeit zurückgelegte Weg wird auf dem Verbandstag kritisch geprüft und in großen Umrissen werden die Richtlinien für unsere weitere Arbeit gezeichnet.

Wollte man die Mitgliederentwicklung als das allein maßgebende Merkmal für die Leistungen des Verbandes ansehen, dann hätte der am 24. Mai in Dresden zusammentretende Verbandstag allerdings Ursache, mit dem Stande der Dinge unzufrieden zu sein. Die auf dem Verbandstag in Berlin vor zwei Jahren zum Ausdruck gebrachte Hoffnung, in absehbarer Zeit das zweite Hunderttausend Mitglieder vollzupacken, die angesichts der 182 750 Mitglieder, welche wir am Schlusse des Jahres 1911 gemustert hatten, wohl begründet schien, hat sich nicht erfüllt; unser Verband zählte am Jahreschluss 1913 erst 193 075 Mitglieder, nachdem wir ein Jahr zuvor bereits mit 196 810 Mitgliedern abgerechnet hatten.

Diese Mitgliederentwicklung ist aber keineswegs geeignet, uns sonderlich zu beunruhigen. Es ist zwar bedauerlich, daß unser Vormarsch aufgehalten wurde, aber wir kennen die Ursache dieser Erscheinung und wissen, daß auch die Zahl der Verbandsmitglieder wieder steigen wird, sobald der Druck der Wirtschaftskrise von uns gewichen ist. Ob der Tiefstand der Konjunktur bereits überschritten ist, läßt sich mit Sicherheit noch nicht beurteilen. Wenn auch manche Momente auf eine beginnende Besserung hindeuten, so ist doch die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder noch ungeheuer groß und ein baldiges Abflauen der Arbeitslosigkeit wäre auf das lebhafteste zu begrüßen.

Trotz aller durch die Wirtschaftskrise verursachten Schwierigkeiten hat aber unser Verband bewiesen, daß er jederzeit auf dem Posten ist, wenn es gilt, die Interessen der Holzarbeiter wahrzunehmen. Die Durchführung der großen Tarifbewegung zu Beginn des Jahres 1913 darf unsere Organisation mit Fug und Recht als Ruhmesstempel für sich in Anspruch nehmen. Die Wollen hatten sich drohend zusammengehüllt. Das Bündnis, welches die Unternehmer in der Holzindustrie mit den Arbeitgeberorganisationen im Maler- und Baugewerbe abgeschlossen hatten, deutete auf die Absicht, den schlechten Geschäftsgang auszunutzen, um einen vernichtenden Schlag gegen die Arbeiterorganisationen zu führen. Wenn dieser Kampf, sowohl in der Holzindustrie als auch im Baugewerbe vermieden wurde, wenn ohne beträchtliche Opfer sehr wesentliche Vorteile für die Arbeiter erzielt wurden, dann darf neben der Kampfstärke unseres Verbandes und der Kampfbereitschaft unserer Kollegen auch ein gut Teil des Erfolges auf das Konto der geschickten Führung des Kampfes geschrieben werden.

Der Verbandstag wird sein Urteil über die zur Anwendung gebrachten taktischen Maßnahmen zu fällen haben. Wie es ausfallen wird, ist für uns nicht zweifelhaft. Auch abgesehen von dem Erfolg, der nicht immer ein brauchbarer Prüfstein für die Richtigkeit der angewandten Taktik ist, wird er die Haltung unserer Verbandsleitung bei der großen Tarifbewegung sowohl als auch bei den übrigen, trotz der Krise recht zahlreichen Lohnbewegungen billigen. Ob der verunglückte Streik auf den Seeschiffswerften noch Anlaß zu größeren Auseinandersetzungen geben wird, kann bezweifelt werden. Es ist nicht zu bezweifeln, daß dieser Kampf und seine Begleiterscheinungen bei den beteiligten Kollegen eine tiefe Mißstimmung hinterlassen hat. Die kürzlich abgehaltene Konferenz unserer Kollegen auf den Seeschiffswerften hat aber schon sehr viel zur Klärung und hoffentlich auch zur Beruhigung beigetragen. Bei der Kritik, die an der Leitung des Werftkampfes geübt wurde, darf vor allem nicht übersehen werden, daß die Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Arbeiter auf den Werften bilden und daß dementsprechend unsere Verbandsleitung auch keinen überragenden Einfluß auf die Führung der Bewegung ausüben konnte. Das wichtigste Moment aber, dem die Hauptschuld an der erlittenen Niederlage beizumessen ist, das waren die auf Seiten der Arbeiter vorgekommenen Disziplinlücken. Hier muß die Besserung angelegt werden.

Die Wünsche, welche auf eine Beschränkung der Rechte des Verbandsvorstandes bei der Führung und insbesondere bei der Beendigung eines Streiks abzielen, werden beim Verbandstag voraussichtlich keine Gegenliebe finden. Die fraglichen Bestimmungen sind das Ergebnis langjähriger

praktischer Erfahrungen. Nicht aus blindem Vertrauen hat man dem Verbandsvorstand so weitgehende Rechte eingeräumt, sondern in der Erkenntnis, daß eine straffe Disziplin, die sich auf das gegenseitige Vertrauen zwischen Führern und Massen gründet, die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg unserer Lohnkämpfe ist. Durch die Rücksichtnahme auf die örtlichen Notwendigkeiten darf nicht der Blick für die Gesamtinteressen des Verbandes getrübt werden. Das ist der Sinn der Bestimmungen in unserem Verbandsstatut, welche den Verbandsvorstand ermächtigen, bei Lohnbewegungen unter Umständen auch solche Anordnungen zu treffen, die nicht den Beifall der nächstbeteiligten finden. Tatsächlich hat übrigens der Vorstand von dieser seiner Vollmacht nur in äußerst seltenen Ausnahmefällen Gebrauch gemacht.

Auf Grund der im Frühjahr 1913 getroffenen Vereinbarungen haben in diesem Jahre keine größeren Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schutzverband stattgefunden. In wenigen Monaten werden aber wieder für eine größere Gruppe von Städten die Tarifverträge gekündigt. Der kommende Winter wird uns umfangreiche Verhandlungen über die Erneuerung der im Februar 1915 ablaufenden Verträge bringen. Ob es wiederum zu einer friedlichen Verständigung oder ob es zu einem Kampf kommt, läßt sich nicht voraussagen. Sehr fürchtbar aber würden wir handeln, wollten wir uns in Sicherheit wiegen und unsere Kampfsvorbereitungen vernachlässigen. Unserem Gegner imponiert nur eine schlagfertige und kampfbereite Organisation, nur einer solchen gegenüber bequemt er sich zu Zugeständnissen. Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe ist jetzt schon eifrig dabei, seine Vorbereitungen für die bevorstehende Auseinandersetzung zu treffen. Die Beschränkung der Rechte des Verbandsvorstandes bei der Führung von Lohnkämpfen wäre angesichts der Rüstungen der Gegner eine wenig geeignete Vorbereitung für die bevorstehende Tarifbewegung.

Grundlegende Änderungen unserer Verbandsrichtungen wird der Verbandstag zu Dresden voraussichtlich nicht beschließen, aber er wird innerhalb des bestehenden Rahmens da und dort Verbesserungen vornehmen. Der Ausbau unserer Unterstützungseinrichtungen ist von vielen Seiten gewünscht worden. Es darf auch zugegeben werden, daß z. B. ein Ausbau der Arbeitslosenunterstützung ohne Gefährdung des Verbandszweckes möglich und sogar wünschenswert ist. Nur darf hierbei nicht übersehen werden, daß die Selbsthilfe die Grundlage unserer Organisation ist. Der Verband kann nur über die Mittel verfügen, welche von den Mitgliedern selbst aufgebracht wurden. Dieser Umstand muß dem Bewilligungseifer notwendig Schranken ziehen.

Eine Alters- und Invalidenunterstützung werden wir in absehbarer Zeit im Verband nicht einführen können. Um die sehr beträchtlichen Mittel, die hierfür erforderlich sind, aufzubringen, müßten die Beiträge ganz bedeutend erhöht werden. Unter den gegenwärtigen Umständen kann aber selbst eine geringe Erhöhung des Beitrags kaum ernstlich in Betracht gezogen werden. Der Vorschlag des Verbandsvorstandes sieht nur eine bescheidene Ausdehnung der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung vor, aber die Verlängerung der Unterstützungsdauer um eine Woche wird schon eine solche Beeinträchtigung unseres Kampffonds bewirken, daß es der Verbandstag wohl nicht verantworten wird können, mit seinen Beschlüssen über diesen Vorschlag hinauszugehen.

Ein anderer Antrag des Verbandsvorstandes berührt die durch Alter und Invalidität minderermächtigte Mitglieder. Nach dem gegenwärtigen Statut, sind arbeitslose Mitglieder, also auch die invaliden Kollegen von der Beitragspflicht entbunden, aber sie behalten ihre Rechte an den Verband. Das bedeutet allerdings praktisch nur das Anrecht auf Sterbegeld, eventuell auch auf Notfallunterstützung. Wenn der Antrag des Vorstandes zum § 12 des Statuts angenommen wird, dann können auch die infolge Alters oder Invalidität nur beschränkt erwerbsfähigen Kollegen berücksichtigt werden. Sie sollen ihre vollen Rechte gegen Zahlung der Hälfte der Beiträge behalten. Aus der Diskussion in der „Holzarbeiter-Zeitung“ darf man schließen, daß die Erweiterung der Unterstützungseinrichtungen auch auf dem Verbandstag eingehend besprochen werden wird; die zum Teil recht hoch geschraubten Erwartungen werden jedoch schwerlich Erfüllung finden.

Die unzureichende Mitgliederentwicklung unseres Verbandes wird den Verbandstag zwingen, das weitschichtige Gebiet der Agitation erneut einer gründlichen Erörterung zu unterziehen. Der im Jahre 1913 eingetretene Mit-

gliederverlust ist gewiß nicht beängstigend, wir dürfen auch angesichts der geringfügigkeit des Verlustes mit gutem Gewissen sagen, daß wir trotz der riesigen Arbeitslosigkeit unsere Stellung behauptet haben. Ein gewisses Gefühl der Unbehaglichkeit bleibt aber dennoch, wenn wir uns sagen müssen, daß wir trotz der noch so großen Zahl von Unorganisierten nicht imstande waren, unseren Wirkungskreis zu erweitern. Die verschiedenen Methoden, die bei der Agitation anzuwenden sind, sind schon oft, auch schon wiederholt auf unseren Verbandstagen erörtert worden, so daß auf diesem Gebiet wohl kaum noch etwas Neues wird gesagt werden können. Dennoch darf man den Verhandlungen über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Aufgaben und der Ziele des Verbandes mit Interesse entgegensehen. Wir wollen diesmal nicht in erster Linie die Agitationsmethoden erörtern, sondern untersuchen, ob die Grundlagen unserer Gewerkschaftsarbeit richtig sind und vor jeder Kritik bestehen können. Das Material, das hierbei zutage gefördert wird, dürfte für längere Zeit unsere Agitationsstätigkeit befruchten.

Wenige Wochen nach dem Verbandstag wird in München der neunte Gewerkschaftskongress zusammentreten, um Aufgaben zu erledigen, die auch unseren Verband lebhaft interessieren. Neben den wichtigen Fragen, welche die innere Organisation der Gewerkschaften berühren, wird der Gewerkschaftskongress verschiedene Gebiete des Arbeiterrechts erörtern, von denen einzelne, wie die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes unseren Verband sehr nahe angehen. Ob der Versuch des Berliner Polizeipräsidenten, unseren Verband dem Vereinsgesetz zu unterstellen, Erfolg haben wird, läßt sich noch nicht absehen. Aber der Verbandstag wird sich mit dieser Attake beschäftigen und es werden sich auch Mittel und Wege finden, den eigentlichen Zweck des polizeilichen Vorgehens, nämlich die jugendlichen Arbeiter dem Einfluß der Organisation zu entziehen, illusorisch zu machen. Den Gesetzen müssen wir uns natürlich fügen, und wenn die Gerichte deren schikanöse Anwendung billigen, dann werden wir unsere Tätigkeit der so geschaffenen Praxis anzupassen wissen. In dieser Beziehung sowie auch in allen anderen Fragen, welche die Stellung der Gewerkschaften im öffentlichen Leben berühren, herrscht unter den deutschen Gewerkschaften Einmütigkeit, so daß eine eingehende Erörterung der ganzen Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses auf unserem Verbandstag kaum notwendig sein wird.

Auch über unsere Stellung zum internationalen Holzarbeiterkongress, der im August dieses Jahres in Wien tagen wird, dürfte eine Meinungsverschiedenheit in unserem Verbandsrat kaum existieren. Die Notwendigkeit, enge Beziehungen zu unseren Kollegen in den anderen Ländern zu pflegen, liegt so offen zutage, daß darüber nicht viele Worte gemacht werden brauchen. Wenn der bevorstehende Kongress bemüht sein wird, diese Beziehungen noch enger zu gestalten, dann kann dieses Streben nur unseren vollen Beifall finden. Das Gedeihen der Internationalen Union, das durch den internationalen Kongress eine weitere Förderung erfahren wird, erfüllt uns mit Befriedigung, und wenn zur Erfüllung ihrer Aufgaben eine Erhöhung des sehr geringen Beitrages, den unser Verband zahlt, erforderlich ist, wird der Verbandstag die Vertreter unseres Verbandes sicherlich ermächtigen, dafür zu stimmen.

Wird auch der Verbandstag in Dresden nach den ihm zugewiesenen Aufgaben mehr eine geschäftsmäßige Tagung sein, so werden trotzdem die Delegierten ein reiches Maß von Arbeit zu erledigen haben. Ihre Aufgabe ist es, das, was seit dem Berliner Verbandstag geschehen ist, zu prüfen. Sie sollen dort, wo sie glauben Kritik üben zu müssen, damit nicht zurückhalten. Aber auch dann, wenn es zu scharfen Auseinandersetzungen kommen sollte, darf nie vergessen werden, daß wir zusammen gehören und zusammen arbeiten müssen. Der Geist der Brüderlichkeit muß auf unserer Tagung herrschen. So war es bisher auf unseren Verbandstagen, und so wird es, dessen sind wir überzeugt, auch in Dresden sein. Und wie bei den Diskussionen über die Dinge, die hinter uns liegen, so muß bei der Beratung und der Beschlußfassung über die Anträge, welche die künftige Gestaltung der Verbandseinrichtungen betreffen, das Wohl des Verbandes der allein maßgebende Gesichtspunkt sein. Denn das Wohl des Verbandes ist gleichbedeutend mit dem Interesse der Mitglieder und der Gesamtheit der Holzarbeiter in Deutschland. Die Beschlüsse des Verbandstages sind für die kommenden zwei Jahre Gesetze für unsere Organisation, auf den Delegierten ruht also eine schwere Verantwortung. Mögen sie sich ihrer Aufgabe so entledigen, daß sie am Schluß der Tagung mit Befriedigung auf die geleistete Arbeit zurückblicken können.

### Dresdener Holzarbeiterkongresse vor dem Sozialistengesetz.

w. Im schönen Oktober tritt in diesen Tagen zum ersten Male ein Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zusammen. Lange jedoch, ehe unser Verband aus der Taufe gehoben wurde, war Dresden ein Kongressort für die Organisationsbestrebungen der Holzarbeiter. Die Bedeutung der Dresdener Holzarbeiter-Gewerkschaft, die Anfang 1870 gegründet und bald eine der stärksten Organisationen in der von Theodor Vorz geleiteten Gewerkschaft der deutschen Holzarbeiter wurde, ist in unserem Verbandsalmanach von 1911 ausführlicher geschildert. Seit 1874 war Dresden der Sitz der Kontrollkommission, die etwa unserem heutigen Ausschuss entsprach. J. Peters, der Vorsitzende der Kommission und eines der rührigsten Mitglieder der damaligen deutschen Holzarbeiterbewegung, war auf eifrigste bemüht, der Kontrollkommission einen entscheidenden Einfluß auf die Geschicke der Gesamtorganisation zu sichern, woraus sich aber bald sehr folgenschwere Konflikte ergaben.

In den Jahren 1875-76 te endlich der unglückliche Bruderkampf zwischen „Eisenauern“ und „Lassalleanern“, der auch die Holzarbeiter in zwei Richtungen gespalten hatte, beigelegt werden. In den politischen wie in den gewerkschaftlichen Lagern wurde allerseits zur Einigung gebissen, und es wäre auch bei den Holzarbeitern wohl glatt zu einer Verständigung gekommen, wenn der prächtige Theodor Vorz noch unter den Lebenden gewesen wäre. Aber diesen rastlosen Organisator, dessen Ehrenhaftigkeit und lauterer Charakter niemand anzuzweifeln gewagt haben würde, hatte am Neujahrstage 1875 der Tod abberufen. An seiner Stelle war Bruno Moje an die Spitze der Organisation gestellt worden, und wenn dieser auch zweifellos über alle Fähigkeiten dazu verfügte, so ging dem neuen Leiter doch vorläufig noch die Autorität ab, die ein Führer in schwierigen Situationen notwendig braucht.

Im Lager der Holzarbeiter-Gewerkschaft sowohl wie in dem des „Allgemeinen Tischler-(Schreiner-)Vereins“ gab es eigentlich keine prinzipiellen Gegner einer Vereinigung, aber natürlich wünschte jede Richtung das eigene Statut als Grundlage der künftigen Einheitsorganisation. Nach schwierigen Vorverhandlungen war es endlich auf dem Einigungskongress 1876 in Frankfurt a. M. gelungen, die Basis für die Verschmelzung zu finden. Statutgemäß mußte in der Gewerkschaft aber nun erst noch eine Urabstimmung vorgenommen werden, und zwar sah das Statut vor, daß eine Auflösung nur mit Zweidrittelmehrheit der Mitglieder beschlossen werden könne. Bei der alsbald in Versammlungen vorgenommenen Urabstimmung erklärten sich zwar mehr als zwei Drittel der Abstimmenden, die auch die Mehrheit der Mitglieder bildeten, für die Verschmelzung, aber tatsächlich war damit dem Statut nicht Genüge geschehen. Der Vorstand erklärte trotzdem die Einigung für vollzogen, was natürlich bei denen eine lebhafteste Opposition hervorrief, die mit den Einigungsbedingungen nicht recht einverstanden waren.

Die Kontrollkommission in Dresden stellte sich an die Spitze der Opponenten und verlangte eine außerordentliche Generalversammlung. Der Vorstand ignorierte dieses Verlangen in dem Bewußtsein, daß die Mehrheit der Mitglieder seine Haltung billigte und endlich Ruhe vor den unerträglichen Zwistigkeiten haben wollte. Darauf berief die Kon-

trollkommission selber die außerordentliche Generalversammlung ein, und zwar für den 8. und 9. Oktober 1876 nach den „Deutschen Hallen“ in Dresden. Zu dieser Tagung erschienen aber nur die Opposition, insgesamt 16 Delegierte, die ebenfalls Mitgliedschaften vertraten.

In den Verhandlungen dieses Dresdener Kongresses wurde natürlich kein gutes Haar am Vorstande gelassen. Moje wurde vorgeworfen, daß er sich bei der Festsetzung der Einigungsbedingungen von der Gegenseite habe überbieten lassen, daß er dann mit unlauteren Mitteln die Urabstimmung beeinflusst und ihr Ergebnis gefälscht habe, daß die Uebergabe des Gewerkschaftseigentums an die neue Einheitsorganisation, den „Bund der Tischler“, ein glatter Diebstahl sei und was solcher Lebenswürgelkeiten mehr waren. Man erklärte, daß die Gewerkschaft nach wie vor fortbestehe, lediglich „der Vorstand sei davon gelassen“. Diesem Standpunkt entsprechend, wurde ein neuer Vorstand gewählt mit Peters an der Spitze und dem Sitz in Dresden. Der Protest richtete sich nur gegen den alten Vorstand und die Art der Verschmelzung, nicht gegen diese selbst, und Peters erklärte bei der Annahme seines Amtes: „Ich will nur hoffen, daß ich es nicht lange zu behalten notwendig habe, daß sich bald die Vereinigung im wirklichen Sinne und auf ehrlicher Grundlage vollziehen wird.“

So war die Frucht dieses ersten Dresdener Holzarbeiterkongresses eine Sonderorganisation, die nicht gerade zu den erfreulichen Epochen in der Geschichte unserer Bewegung gehört. Glücklicherweise war sie nur von kurzer Dauer, denn schon im Dezember 1876 gelang es einem Schiedsgericht, bestehend aus Bebel, Geib, Hasenclever, Liebnicht, Motteler, Reimer und Wählert, die Differenzen zu schlichten und die streitenden Brüder zu vereinigen. Der Schiedspruch entbehrte nicht einer gewissen Komik: Der frühere Vorstand der alten Gewerkschaft wurde verurteilt, das dem „Bund“ überantwortete Gewerkschaftseigentum an den Dresdener Vorstand auszuliefern, wofürgegen dieser die Pflicht übernahm, dem „Bund“ beizutreten und ihm — besagtes Gewerkschaftseigentum zuzuführen.

Raum war die erfreuliche Einigung vollzogen, als über die deutsche Gewerkschaftsbewegung ein Gewitter heraufzog, das sich über sie in vernichtenden Schlägen entlud. Im Oktober 1878 trat das schmachvolle Sozialistengesetz in Kraft und vernichtete mit einem Schläge die mühevoll organisierte Arbeit vieler Jahre. Schon Monate vorher hatte eine wilde Hege gegen die Arbeiterorganisationen eingesetzt, unter deren Einfluß sich Polizei und Gerichte schon ganz im Sinne des späteren Ausnahmegesetzes zu betätigen angingen.

Um diese Zeit, vom 23. bis 26. Juni 1878, hielt der Bund der Tischler in Dresden seine zweite Generalversammlung ab. Eigentlich sollte sie in Magdeburg stattfinden sollen, aber die dortige Polizeibehörde hatte sie kurzerhand verboten. Auch die Hamburger Behörden verweigerten in Anbetracht der „aufgeregten Zeiten“ ihre Genehmigung. In einigen Orten, so in Köln, waren die Gewerkschaften jetzt schon polizeilich aufgelöst worden, die bürgerliche Presse überbot sich in den schmähslichsten Beschimpfungen der Arbeiterbewegung und schrie sich heiser nach Ausnahme-gesetzen. Die ganze Sachlage ließ keinen Zweifel darüber, daß ein vernichtender Schlag unmittelbar bevorstand.

Man kann sich vorstellen, mit welchen Gefühlen die 37 Delegierten zur Generalversammlung des Bundes in der

Dresdener „Conversations“ zusammentraten. Wohl konnte der Vorstand berichten, daß sich im letzten Jahr trotz der Wirtschaftskrise die Mitgliederzahl von 3500 auf 6000 erhöht hatte. Aber schwerlich wird diese Mitteilung helle Freude entzündet haben, denn den meisten Delegierten mag die erbitternde Abnung gekommen sein, daß die auswendige Mühe vergeblich gewesen sein würde. Wie das Schwert des Damokles hing über den Köpfen der Delegierten am dünnen Faden das Todesurteil durch ein Ausnahmengesetz. Weniger Monate später sauste es herab und erschlug die deutsche Gewerkschaftsbewegung und mit ihr den Bund der Tischler.

Unverkennliche und trübe Erinnerungen sind es, die die alten Dresdener Kongresse hervorrufen. Und doch wieder müssen uns diese Erinnerungen froh stimmen, denn in ihrem Lichte lernen wir erst unsere heutige Stärke richtig sehen. Die Holzarbeiterbewegung ist nicht verstorben am Bruderzwist und nicht gestorben unter den Streichen der Reaktion. Sie steht heute so groß und lebenskräftig da, wie es denen, die vor 38 und 39 Jahren ebenfalls in Dresden versammelt waren zu organisatorischer Arbeit für die deutschen Holzarbeiter, wohl als unerreichbares Ideal erschienen ist!

### Organisation und Kämpfe der Holzarbeiter in Dresden.

O. G. Dresden ist als Kunststadt und dank seiner mit reizvollen Naturschönheiten begabten Umgebung auf Fremde eine starke Anziehungskraft aus. Es wäre aber ein Irrtum, wollte man annehmen, daß auch nur ein erheblicher Teil der Einwohnererschaft ein Phäakendasein führe. Dresden ist, besonders in ruhigen Vororten und in seiner näheren Umgebung, eine Stätte des wirklichen Schaffens. Hinter den Villen und in Streichen, Loschwitz, Weißer Hirsch, Klotzsche, Niederlößnitz und Plauen reißt sich gleich einem mächtigen Ringe Schlot an Schlot, nebst den dazugehörigen Mischmaschinen der Arbeitererschaft. Hunderttausende frönen hier im Dienste des Kapitals und die ausbeutende Verbrennung der Kapitalisten wird gekennzeichnet durch die Beschäftigung einer großen Zahl der billigeren weiblichen Arbeitskräfte. Die Metall- und Holzindustrie, die Zigaretten-, Schokoladen-, Strohhut- und Kartonnagenbranche sind besonders stark vertreten. Die Vorbedingungen zur Entwicklung der Arbeiterbewegung und insbesondere einer starken Gewerkschaftsbewegung sind hier gegeben. Das Dresdener Gewerkschaftsstatut umfaßte am Jahreschluß 1913 95 829 Mitglieder, darunter 14 302 Weibliche. Den am Dresden angrenzenden Kartellen Mügeln, Pirna, Dippoldiswalde, Ottendorf, Rabenberg und Meißen gehören weitere 27 400 Mitglieder an. Über auch die übrigen Zweige der Arbeiterbewegung sind stark entwickelt. 42 210 Mitglieder, darunter 5784 Weibliche, gehören den politischen Organisationen in den drei Dresdener Reichstagswahlkreisen an, und die beiden Konsumvereine „Vorwärts“ und „Pfeifen“ hatten am Jahreschluß 1913 einen Mitgliederstand von 64 659.

In Deutschland ist die gewerkschaftliche Organisation in der Hauptsache aus der politischen Arbeiterbewegung geboren. So war es auch in Dresden. Die ersten Anfänge der gewerkschaftlichen Bewegung finden wir im direkten Anschluß an die glorreichen Märztage des Revolutionsjahres 1848. Buchdrucker, Maurer, Maler, Schuhmacher, Buchbinder und andere Berufe gründeten lokale Gesellenverbindungen.

### Moderne Werkstattkultur.

e. Der Kampf für die materielle und soziale Besserstellung der Arbeiter wendet sich immer neuen Aufgaben zu. In der Erkenntnis, daß es bis zur Aufhebung des Kapitalismus noch mancher harter Auseinandersetzungen bedürfte, wurde eine gesteigerte Gegenwartsarbeit geleistet. Nicht nur Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung waren die Objekte des Kampfes, sondern auch die höhere Wertung des Menschen im Arbeiter sowie Erhaltung von Gesundheit und Leben durch entsprechende Betriebseinrichtungen. Eine neue Aufgabe gerade auf letzterem Gebiete tritt an uns heran.

Moderne Werkstattkultur! Es handelt sich nicht um eine Verneinung der Schlagwörter, sondern um eine wertvolle Bereicherung unserer Betätigung. Da, wo heute die Großindustrie ihre Fabriken baut, finden wir, daß in vieler Hinsicht mit alten Anschauungen gebrochen wird. Es wird mehr Wert gelegt auf weite und leichte Arbeitsstühle, in die Sonne und Luft reichlicher hineindringen können. Bei den Fronten der mächtigen Gebäude wird durch Form und Anordnung die Zweckbestimmung künstlerisch angezeigt. Ebenso wichtig dünkt es uns, nun auch im Innern eine Kultur der Freude zu betreiben. Und zwar nicht nur in den Großbetrieben, sondern auch in den kleinen Werkstätten.

Die Wände und Decken müssen in hellen Farben gehalten und ebenfalls geputzt werden wie bei den Maschinen und Arbeitsplätze. Die Einmüdigkeit könnte durch lustige Spiele unterbrochen werden. In den Gängen und Treppenhäusern sollte gut gemalteter Bismutputz das Auge anziehen. Die Bekleidung der Wände mit allerlei buntem Zeug müßte aufhören. An dessen Stelle kann eventuell ein Draumant oder ein Gemälde treten. Wenn überall Helle und Sauberkeit herrscht und das Auge durch Schönheiten erregt wird, dann wird auch der stumpfsinnigste Mensch dem Schönen entgegen. Die Scham, bei einer Häßlichkeit ertappt zu werden, wird ihn von allem Verleiden abhalten. So würde auch eine Erziehungsarbeit geleistet, ohne daß Zwangsverpflichtungen und viele Worte notwendig wären.

Der betrieblichen Behandlung bedürfen die Fenster. Hier wird es möglich sein, viele Unternehmungen lassen die Fenster so einrichten, daß ein freies Hineinsehen ermöglicht ist. Die Arbeiter eine Ablenkung von der Tätigkeit dadurch, daß die Arbeiter einen draußen sich abspielenden Vorgang beobachten. Man lehrt aber die Erfahrung,

daß eine augenblickliche Abwechslung bei der Gleichförmigkeit der meisten Methoden die Tätigkeit nur günstig beeinflusst. Selbst wenn das Auge nur in die Weite schweift und befreit von dem Anblick der Werkstattegeheimnisse im Freier zu ruhen kann, so bedeutet das einen wesentlichen Nutzen für den Menschen. Wo nun gar der Blick auf einen Baum oder Strauch fallen kann oder dem Fluge eines Vogels zu folgen vermag, da ist die Wirkung eine verhältnismäßig größere. Der Arbeiter erhält eine Anregung, die die Betätigung nur im förderlichen Sinne beeinflusst.

Wo die Werkstätten zwischen hohen Mauern eingekengt liegen und jeder freie Blick unmöglich ist, da kann durch eine bescheidene Blumenpflanz ein gewisser Ersatz geschaffen werden. Die Zeit, die für die Blumenpflege angewandt wird, kommt reichlich wieder ein. Die trostlose Eintönigkeit wird ausgeschaltet und durch den freundlicheren Anblick für Erheiterung geforgt. In jedem Falle müssen die Fenster von irgendwelchen Gegenständen freigehalten werden. Es ist eine Unsitte, hier Modelle, Leisten usw. aufzustellen. Diese Sachen können bequem eine andere Stelle finden.

Im engsten Zusammenhange mit diesen Fragen steht der Ausbau der Einrichtungen für Gesundheitspflege. Nicht nur, daß die Betätigung des Staubes und Dunstes und die Zufuhr reiner Luft gefördert, der Arbeiterdruck erweitert werden muß, sondern es muß auch für ausreichende Wasch- und Badegelegenheit geforgt werden. Was die letztere betrifft, so müssen in den kleinen Werkstätten entsprechende Brausebäder, in den großen Unternehmungen aber vollständige Schwimmbäder eingerichtet werden. Da heute schon einige Großbetriebe solche fortschrittlichen Einrichtungen aufweisen, so ist der Beweis erbracht, daß die Durchführung nur noch von der Entwicklung abhängt, die von uns beschleunigt werden muß.

Darüber dürfen wohl keine Zweifel mehr bestehen, daß mit derartigen, verhältnismäßig nicht einmal kostspieligen Einrichtungen die Körperkultur gefördert und damit der Gesundheitszustand eine wesentliche Besserung erfahren würde. Selbst wenn man nicht soweit gehen will, eine Pflicht zum Duschen oder Baden, wie sie in den Bädereien der Konsumvereine und sonstigen hygienisch musterhaften Betrieben besteht, auszusprechen, so würden sicher nur wenige Personen übrig bleiben, die sich der wahlenden Wirkung des Wassers entzogen. Die Benutzung der Badegelegenheiten ließe sich so regeln, daß eine Störung des Arbeitsprozesses damit keineswegs verbunden sein brauchte.

Sicher würde sogar eine höhere Leistungsfähigkeit eintreten. Wo die Glieder frisch und elastisch gehalten werden, da kommt die Wirkung auch bei der Werttätigkeit in günstigem Sinne zum Ausdruck.

Eine derartige Werkstatthygiene würde aber auch gut Folge haben, daß sie heilsam auf die Familienkreise und die kommunalen Verwaltungen einwirkte und zur Nachahmung anreizte. Den öffentlichen Badeanstalten würde keine Konkurrenz entstehen, sondern sie würden, weil eben dann auch stärker benutzt, ihren Etat nur günstiger gestalten. Der soziale Einfluß der Werkstattkultur ließe sich noch dadurch steigern, daß gelegentlich auch in den Betriebsversammlungen besp. Gewerkschaften aufklärende Vorträge über Gesundheitspflege gehalten würden. Die Krankentafelvorstände fänden dann Gelegenheit, hier besonders lehrreich zu wirken. Das hätte den weiteren Vorteil, daß die Klassen sicher viel von dem Geld sparen würden, welches heute für die Herstellung der beschädigten Gesundheit verausgabt werden muß. Vorbeugen und Verhüten ist schließlich doch wichtiger und wertvoller als Behandeln und Heilen. Die wirklich nationalen Interessen gebieten es einfach von selbst, daß die angeregten Maßnahmen allseitige Unterstützung finden.

Wenn wir auch davon überzeugt sind, daß die Unternehmer von einer weitgehenden Werkstattkultur selbst sehr viele Vorteile haben, die die verauslagten Umkosten reichlich aufwiegen, so werden sie doch im allgemeinen diesen neuen Reformbestrebungen zunächst nur schwer zugänglich sein. Glauben sie doch, daß jede Minute, die nicht im Willen Schaffen ausgenutzt wird, für sie einen Verlust bedeutet, und daß jeder Pfennig, aus dem nicht direkter Mehrwert wird, falsch angelegt sei. Nur langsam werden sie, wie bei der Arbeitszeitverkürzung und den Ferien, den neuen Anforderungen die auch für sie günstige Seite abgewinnen.

Wir kennen die Widerstände und lassen uns doch nicht abhalten, den neuen Aufgaben festerer Wege zu weisen und unruhiger Bahnbrecher zu sein. Es gilt, den gegebenen Verhältnissen zu dienen und sie dennoch voranschreitend zu beherrschen. Durch Aufklärung und Kampf werden wir die Zeit schneller herbeiführen, in der als selbstverständlich gilt: Ein ertragreicher Arbeitsprozeß hat mit zur Voraussetzung eine gesundvoll-pesunde Werkstattkultur.

### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verhandlungsmittel Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Eisbläsern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Amberg, Dornau (Liebe Nachf.), Breslau (Waggonfabrik Linke-Hofmann-Werke), Freiberg u. Sa. (Freiburger Möbelfabrik, Joh. Gustav Kury), Gassen, Rudolstadt (Firma: Zillow), Schönau, Sorau, Straßburg im Elsaß (Möbelschreinereien), Sulzigen, Wittstock, Witten i. S., Wolf, Wenz, Schaffhausen.**
  - Modellistilern nach Breslau (Waggonfabrik Linke-Hofmann-Werke), Gassen.**
  - Stuhlbauern und Polsterern nach Turn-Teplitz in Böhmen.**
  - Parquetlegern nach Danzig (Parquetfabrik Domanski, Zillinski), Frankfurt a. M. (Wiedtold u. Romag), Hannover (Wiedtold).**
  - Drechsler nach Schönau.**
  - Vergoldern, Grundratern, Verzieren und Farbigmachern nach Rudolstadt.**
  - Stellmachern nach Breslau (Waggonfabrik Linke-Hofmann-Werke), Heilbronn, München, Stuttgart (Kasselerfabriken Neutter und Auer), Waldkirch.**
  - Korbmachern nach Dömitz (Gebr. Eggers), Densburg in der Schweiz.**
  - Kammachern nach Brich bei Berlin (Wiedtold), Erlangen, Griesheim (Wiedtold).**
  - Büstenmachern nach Frankfurt a. M. (Franz), Neuwied a. Rh. (Loeb).**
  - Klaviermachern nach Kristiania (Gebr. Hals, Orgelfabrik Olsen u. Jørgensen).**
  - Werkstatthaltern nach Danzig (Schidmanwerft), Mosen bei Begebad.**
  - Mühlenbauern und Monteuren nach Gassen.**

eines Büros und zur Anstellung eines Lokalbeamten. Heute hat die Zahlstelle vier besetzte Angestellte. In mehreren Vororten hatten sich nach dem Jahre 1880 selbständige Zahlstellen gebildet, so in Pöschappel, Hainsberg, Cotta, Böttau, Barnowitz, Pieschen und Loschwitz. Die wirtschaftliche Entwicklung zwang aber diese Zahlstellen zum Anschluß an Dresden, der in den Jahren 1895 bis 1906 erfolgte. Die gegenwärtige Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Zahlstellengebieten Niederzschütz und Köpchenbroda geht dahin, daß auch diese Zahlstellen nach den gleichen Schritten gehen dürften.

Die Produktion in der Dresdener Holzindustrie hat im Laufe der Jahrzehnte gleichfalls eine Veränderung erfahren. An Stelle der handwerksmäßigen Betriebe ist zum Teil der Großbetrieb getreten. Dominierte früher die Bautischlerei, so hat die Einführung der Maschinenarbeit und die Errichtung auswärtiger Konkurrenzbetriebe die Zahl der beschäftigten Bautischler reduziert. In der besseren Möbelindustrie sowie in sonstigen Spezialbranchen ist dagegen eine erhebliche Steigerung der beschäftigten Holzarbeiter zu verzeichnen. Neben etwa 2000 Bau- und Möbeltischlern sind die Kollegen in der Mäntel-, Nähmaschinen- und photographischen Branche, im Mühlenbau und in vielen anderen Berufen beschäftigt. Die Verschiedenartigkeit der Dresdener Holzindustrie kommt auch darin zum Ausdruck, daß innerhalb der Zahlstelle 19 verschiedene Branchenvertretungen (Sektionen) bestehen. Besonders ausgeprägte Spezialbranchen haben sich in der Umgegend von Dresden niedergelassen. In den benachbarten Zahlstellen Mülsdruff, Gimmersdorf, Radeberg und Wilschowerda sind über 1000 Kollegen in der Weißmöbelindustrie, in Rabenau und in den etwas entfernteren Waldheim und Geringswalde über 2500 Kollegen in der Stuhlbranche beschäftigt. Gegen 2000 Sägewerksarbeiter suchen in den Sägewerken an der sächsischen Elbe und gegen 4000 Holzarbeiter in den Holzwarenbetrieben im Flöhatal des nahen Erzgebirges ihren Erwerb. Mit Ausnahme dieser beiden letzten Branchen kann die Organisation der Holzarbeiter auch in der Dresdener Umgegend als gut bezeichnet werden.

Größere Kämpfe mußten von den Holzarbeitern in der Dresdener Umgegend die Weißmöbeltischler sowie die Stuhlarbeiter führen. Obgleich monatelange Streiks für unsere Kollegen verloren gingen, haben sie ihre Organisation erhalten und es gelang ihnen später dadurch zum friedlichen Abschluß von Verträgen zu kommen. — Die große Mehrheit der Unternehmer in der sächsischen Holzindustrie hat ihre Interessenvertretung der Arbeiterschaft gegenüber in dem reaktionären deutschen Industrie-Schutzverband, Sitz Dresden, gesucht. Dieser Unternehmerverband ist in der Hauptsache eine Streikentschuldigungs-gesellschaft, er unterhält in Dresden ein großes Büro und treibt eine recht aufdringliche Agitation. Sein Ziel ist, die Streiks der Arbeiter zu verhindern oder abzukürzen. Teile um zu herrschen, ist seine Devise. In der Praxis hat aber die Tätigkeit dieser Unternehmerorganisation nur dazu geführt, daß einmal ausgebrochene Streiks erbitterter und langwieriger geworden sind.

Die Geschichte der Dresdener Lohnbewegung lehrt in eindringlicher Weise, welchen Einfluß eine starke Gewerkschaftsbewegung auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuüben vermag. Die im Jahre 1870 gegründete Holzarbeitergewerkschaft unternahm bereits im Jahre 1872 eine Lohnbewegung, bei welcher es zum Streik kam. Gefordert wurde die 60stündige Arbeitszeit und 25 Prozent Lohnerhöhung. Obgleich die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit fast allgemein bewilligt wurde, verlief doch der Streik wegen der geforderten Lohnerhöhung in der Mehrzahl der Betriebe im Sande. Das Fehlen einer guten Organisation führte aber in den nächsten Jahren dazu, daß auch wieder eine erhebliche Verlängerung der Arbeitszeit eintrat.

Bei einer Statistik, die im Anfang des Jahres 1885 der damalige Fachverein aufnahm, wurde für 1085 Bau- und Möbeltischler eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 72 Stunden und ein Durchschnittsverdienst von 11,75 Mk. pro Woche festgestellt. 344 Kollegen in den Fabriksbetrieben arbeiteten durchschnittlich 69 Stunden für 13,82 Mk. pro Woche und 653 in den Pianofortefabriken beschäftigte Holzarbeiter konnten sich die Kräfte unter den Dresdener Holzarbeitern nennen. Ihre durchschnittliche Arbeitszeit war 82 Stunden bei einem Wochenverdienst von 17 Mk. Nach der Feststellung dieser statistischen Aufnahme unternahm dann der Fachverein im Jahre 1885 eine Lohnbewegung, die gleichfalls wieder zum Streik führte und einen ähnlichen Ausgang nahm wie sein Vorgänger im Jahre 1872. Dieser Streik verursachte an Kosten die für damalige Begriffe horrenden Summe von 11 025,17 Mk. Die Streikunterstützung wurde sämtlich auf dem Wege der freiwilligen Sammlung unter der Dresdener Arbeiterschaft oder bei auswärtigen Berufsvereinen aufgebracht. Der damalige Tischlerverband war zur Finanzierung dieser Bewegung noch zu schwach, zumal zu gleicher Zeit ein größerer Tischlerstreik in Königsberg schwelte.

Die erste Lohnbewegung unter dem Schutze des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes fand im Jahre 1897 statt. Es kam damals erstmalig zu einer, allerdings recht primitiven Vereinbarung mit der Dresdener Tischlerinnung und zu einem Akkordtarif. Eine recht erfolgreiche Lohnbewegung wurde dann im Jahre 1904 durchgeführt, die auch zum Abschluß des ersten Vertrages führte. Die Dresdener Tischlermeister hatten sich inzwischen zum Teil dem hiesigen Verband angeschlossen, doch war dieser sehr wenig erbaut von seinen Dresdener Mitgliedern. Kahardt führte in der „Fachszeitung“ die Dresdener Tischlermeister als ab-

schredende Beispiele seiner übrigen Kollegen in Deutschland vor und sagte: „Wir wollen es gern zugeben, der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat in Dresden einen Sieg auf der ganzen Linie zu verzeichnen.“ Diese im Jahre 1904 erlittene Schlappe suchte der Arbeitgeber-Schutzverband im Jahre 1907 wieder auszuweichen, doch hatte er damit kein Glück. Die Lust zu weiteren Ausperrungen ist den Dresdener Tischlermeistern seit den Erfahrungen im Jahre 1907 gründlich vergangen, und es gelang in der Folgezeit die Vertragsverhandlungen für die Bau- und Möbeltischler friedlich zu erledigen.

Aber auch in den übrigen Branchen haben die Kollegen bei der Lohnbewegung ihren Mann gestanden. Allerdings sind diese Branchen, von einigen größeren Werkstattdistrikten abgesehen, von großen Kämpfen mit den Unternehmern bisher verschont geblieben. Die Lohnbewegungen der Bau- und Möbeltischler dürften hierzu besonders beigetragen haben. Außer dem Vertrag für die Bau- und Möbeltischler bestanden am Jahreschluss 1913 noch 28 weitere Verträge für 2195 in Dresden beschäftigte Kollegen.

Der Gang der größeren Lohnbewegungen in Dresden und in dessen Umgegend zeigt auf das deutlichste die Notwendigkeit einer starken Gewerkschaftsorganisation. Mit dem Erstarken unserer Organisation sind die Schwierigkeiten in der Durchführung der Lohnbewegungen immer geringer geworden. Aber auch der Erfolg der Lohnbewegungen wurde größer und die Erhaltung des Gelernten erleichtert. Mit dem Erstarken der Organisation trat die Notwendigkeit zur Führung von Streiks immer fester ein. Unsere Macht und unser Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist also entsprechend dem Erstarken unserer Organisation gewachsen.

Die Dresdener Kollegen freuen sich diesmal, den Verbandstag in ihren Mauern beherbergen zu dürfen. Die Freude würde sich aber noch erheblich steigern, wenn die Erfahrungen, die bei den Dresdener Lohnbewegungen gemacht wurden, allgemeine Beachtung fänden und von der Dresdener Tagung unseres Verbandes ausgehend, der Zusammenschluß der deutschen Holzarbeiter bis in die verstecktesten Winkel des Reiches in noch rascherem Tempo als bisher sich vollziehen würde.

### „Holzarbeiter-Jugendblatt“

In der gleichen Zeit, in welcher der Berliner Polizeipräsident zu seinem Schläge gegen den Deutschen Holzarbeiter-Verband ausholte, ist auch ein Plan gereift, der geeignet ist, die Wirkung des polizeilichen Elfers, wenn dieser Erfolg haben sollte, zu parieren.

Die Erklärung unseres Verbandes zu einem politischen Verein würde zwei Folgen haben. Der Polizei müßte das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder und das Statut des Verbandes eingereicht werden und Mitglieder unter 18 Jahren dürften der Organisation nicht angehören. Die Bedeutung der ersteren Maßnahme wollen wir nicht zu hoch anschlagen. Unser Verbandsstatut ist kein Geheimdokument und einer Behörde, die sich dafür interessiert, ist es auch jetzt schon sehr leicht möglich, sich in den Besitz unseres Statuts zu setzen. Nach den Erfahrungen, die man früher gemacht hat, als in Preußen alle Verbandsmitglieder der Polizei angezeigt werden mußten, ist wohl anzunehmen, daß man mancherorts die der Polizei mitgeteilten Namen der örtlichen Vorstandsmitglieder nicht als Amtsgeheimnis betrachten wird. Aber die Weitergabe der der Polizei gemeldeten Namen an die Unternehmer hat doch schon sehr viel von ihrer Bedeutung verloren. Möglich, daß es da und dort unter freundlicher Mitwirkung der Polizei zur Maßregelung eines Verwaltungsmitgliedes des Verbandes kommt. Im großen und ganzen haben wir es aber verstanden, die Unternehmer daran zu gewöhnen, daß ihre Arbeiter organisiert sind, so daß als Folge der Anzeige der Vorstandsmitglieder bei der Polizei Maßregelungen in nennenswerter Zahl kaum zu erwarten sind.

Der versuchte Polizeistreich gegen unseren Verband ist aber auch gar nicht unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Er ist in der Hauptsache ein Teil der Aktion, die darauf abzielt, die schulentlassene Jugend in den hurratapatriotischen Pfad zu treiben. Die sogenannte Jugendpflege, wie sie von mit Knopflochschmerzen behafteten „Patrioten“ betrieben wird, die großen Aufwendungen, die aus Staatsmitteln für den sogenannten Jungdeutschtum und verwandte Gesellschaften gemacht werden, alle diese Dinge genügen nicht, die Schaffälle in gewünschter Maße zu füllen. Man will die jungen Leute mit allen Mitteln davon abhalten, sich für die ihnen am nächsten liegenden wirtschaftlichen Fragen zu interessieren. Das Goldstückspielen und ähnliche Affangereien üben auf die im Erwerbsleben stehenden jungen Leute nicht die erwartete Anziehungskraft aus. Da soll nun die Polizei nachhelfen. Die jugendlichen Arbeiter sollen durch eine Umdeutung der Gesetze zum Ausscheiden aus den Gewerkschaften gezwungen werden. Man möchte sie dem Einfluß ihrer, im Kampfe um die Hebung ihrer Wirtschaftslage stehenden älteren Kollegen entziehen, in der Hoffnung ihre Unerfahrenheit um so leichter mißbrauchen zu können.

Hier nun will das vom Vorstand unseres Verbandes herausgegebene „Holzarbeiter-Jugendblatt“ einsetzen. Nicht, als ob das Vorgehen Jagows den Gedanken zur Schaffung dieses Organs eingegeben hätte. Der Plan ist schon viel älter und auf dem Verbandstag in Berlin ist dem Vorstand ein Antrag überwiesen worden, welcher verlangte, daß alle Vierteljahr ein Flugblatt oder Mitteilungsblatt an die Lehrlinge im Holzgewerbe herausgegeben wird. Die jetzt vorliegende erste Nummer des „Holzarbeiter-Jugendblatt“ zeigt, daß der Vorstand nach verschiedenen

Am 3. Mai 1848 erließ der Obermann der Leipziger Tischlergesellschaften einen Aufruf an die Dresdener Arbeiterschaft. Er beglückwünschte sie zu der neuen Zeit und forderte zum Zusammenschluß auf. Die Regierung blinzelte mit Wohlwollen auf diese Bestrebungen. Der damalige Staatsminister Oberländer erklärte am 7. August 1848 im Dresdener Stadtverordnetenrat: „Die Assoziation sei das bewegende Prinzip unserer Zeit.“ Er empfahl der Arbeiterschaft Selbsthilfe durch Zusammenschluß. Heute bringt die Regierung den Organisationsbestrebungen der Arbeiter ganz andere Anschauungen entgegen. Die Buchdrucker, Schlosser und Schneider führten damals bereits erfolgreiche Lohnbewegungen.

Diesen Berufsvereinigungen war aber nur eine kurze Lebensdauer beschieden. Die nach der Revolution einsetzende Reaktion vernichtete alle gewerkschaftlichen Ansätze, und die Dresdener Geschichte berichtet erst wieder im Anfang der sechziger Jahre von neuen Versuchen. Als im Jahre 1861 in Sachsen die schälimmsten Koalitionsverbote aufgehoben wurden, erschienen 1862 die Buchdrucker, 1864 die Tabakarbeiter und 1869 die Handschuhmacher als die ersten auf dem Plan. Ihnen folgten am 14. Februar 1870 die Tischler mit der Gründung eines Vereins der Gewerkschaft der Holzarbeiter. Bis zum Jahre 1878 hatten bereits 18 Berufe in Dresden gewerkschaftliche Organisationen. Dann kam das Sozialistengesetz und die gewerkschaftlichen Organisationen wurden entweder polizeilich aufgelöst oder sie lösten sich selbst auf.

Doch bald versuchten die Dresdener Arbeiter ihre Organisationen wieder aufzubauen und zu den bereits früher bestehenden kamen neue hinzu. Die Tischler gründeten am 27. November 1882 in einer Versammlung im Waldschlößchen-Restaurant einen neuen Fachverein, dem sofort 124 Mitglieder beitraten. Nach siebenjährigem Bestehen verfiel er jedoch am 10. Dezember 1889 erneut der polizeilichen Auflösung. Das gleiche Schicksal teilten mit ihm die im Jahre 1883 in Dresden gegründeten Lokalvereine der Drechsler und Büstenmacher. An polizeilichen und richterlichen Verfolgungen hat es der Dresdener Gewerkschaftsbewegung nie gefehlt. Das weit über Deutschland hinaus bekanntgewordene Löbtauer Zuchthausurteil sowie die vielfachen Versammlungsverbote und behördlichen Schikanen während der Geltung des früheren sächsischen Vereinsgesetzes, des verächtlichen „Zuwels“, geben davon Zeugnis. Diese Verfolgungen dürften aber ganz besonders dazu beigetragen haben, daß heute die Dresdener Arbeiterschaft vom Klassenbewußtsein erfüllt ist und gegenwärtige Arbeiterorganisationen hier nur ein kümmerliches Dasein fristen.

Nach der Auflösung der lokalen Fachvereine während des Sozialistengesetzes setzte man die gewerkschaftliche Tätigkeit durch die Erwerbung der Einzelmitgliedschaft in den zentralen Organisationen fort. Von den Zentralvorständen eingesezte Vertrauensleute besorgten für diese die Verbandsgeschäfte und bildeten so in gewissem Sinne die örtliche Verwaltung. Auf die gleiche Weise halfen sich die Dresdener Holzarbeiter, doch blieb die Bewegung schwach. Bei der Gründung des Holzarbeiter-Verbandes im Jahre 1893 waren in Dresden 137 Tischler, 33 Drechsler und 25 Büstenmacher organisiert. Seitdem hat sich die örtliche Organisation ständig entwickelt und heute zählt die Dresdener Zahlstelle 5839 Mitglieder. Diese erfreuliche Aufwärtsbewegung nötigte bereits im Jahre 1900 zur Schaffung

Achtungen über diese Anregung hinausgegangen ist. Das im Auftrage des Vorstandes vom Kollegen Felix Karnow redigiertes „Holzarbeiter-Jugendblatt“ richtet sich nicht nur an die Lehrlinge, sondern auch an die jugendlichen Arbeiter aller Berufe der Holzindustrie. Es ist nicht nur ein Flugblatt, sondern eine wirkliche Zeitung, und wenn sie auch zunächst nur vierteljährlich erscheint, so zeigt doch schon die ganze Aufmerksamkeit, daß damit gerechnet wird, sie künftig häufiger erscheinen zu lassen.

Was das „Holzarbeiter-Jugendblatt“ will, sagt es in seinem Geleitwort. Nach einem Hinweis darauf, daß bei der amtlichen Statistik vom Jahre 1907 in den Betrieben der Holzindustrie etwa 75 000 Lehrlinge und 80 000 jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren gezählt wurden, wird als erste Aufgabe des Blattes genannt, das Gefühl der Zusammengehörigkeit, den Geist der Kameradschaftlichkeit zu wecken und zu fördern. Es will den Blick der jungen Leute auf die gewerkschaftliche Organisation, auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband lenken, doch soll das Blatt keine trockene Agitationschrift sein. Zusammenfassend heißt es im Geleitwort:

Das „Holzarbeiter-Jugendblatt“ will aber nicht nur ein Wegweiser für die Zukunft, sondern vor allem will es den Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern des Holzgewerbes Freund und Kamerad in der Gegenwart sein. Ein Ratgeber, der aus dem Schatz seiner reicheren Erfahrung seinen jungen Lesern freigeigig mitteilt. Ein Helfer, der ihnen für die Mühe ihres jungen Daseins uneigennützig seine Dienste anbietet. Ein Studien-genosse, der mit ihnen gemeinsam an der geistigen Fortbildung arbeiten und in das Geistesleben kluger Leute eindringen will, damit das Denken gesäubert und der Gesichtskreis erweitert wird. Und ein Spiel- und Wanderspaziergänger schließlich, der da weiß, daß die Jugend nach der Mühsal des Arbeitstages ein Unrecht hat auf fröhliches Schauen und Genießen, auf kurzweiliges Spiel und auf Unterhaltung.

Der übrige Inhalt der ersten Nummer zeigt, daß das „Holzarbeiter-Jugendblatt“ bestrebt ist, das ihm vorgezeichnete Programm innezuhalten. Es genügt an dieser Stelle, die Ueberschriften der Artikel zu nennen: „Muß die Gewerkschaft sein?“, „Im Vorkrampf“, „Jugendrecht und Jugendschutz“, „Gesundheitsregeln“, „Achte den Meister“, „Zur Kurzwahl“ und den Schluß macht der „Arbeitermarsch“ von Björnsen. Das „Holzarbeiter-Jugendblatt“ wird an die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter der Holzindustrie unentgeltlich abgegeben; Inhalt und Aufmachung bürgen dafür, daß es gern genommen und aufmerksam gelesen werden wird.

Es darf bei dieser Gelegenheit daran erinnert werden, daß Lehrlinge im Deutschen Holzarbeiter-Verband nicht aufgenommen werden; dagegen sind wir bemüht, die jugendlichen Arbeiter, die in immer größerer Zahl auch in der Holzindustrie beschäftigt werden, für den Verband zu gewinnen. Um ihnen die Erfüllung der Verbandspflichten zu erleichtern, ist für sie ein niedrigerer Beitrag festgesetzt. Wenn der Verband auch keine Lehrlinge aufnimmt, so ist damit keineswegs gesagt, daß er der Lehrlingsfrage und der Heranbildung des gewerblichen Nachwuchses kein Interesse entgegenbringt. Dieses Interesse wird nicht erst durch die Herausgabe des „Holzarbeiter-Jugendblatt“ bekundet, wir haben sehr viele Gelegenheiten an den Tag gelegt. Wir halten aber dafür, daß der Lehrling in erster Linie Objekt der Erziehung ist. Aus dem Lehrling soll ein tüchtiger Berufsarbeiter werden, auf dieses Ziel vor allem soll sein Streben gelenkt sein. Wir können deshalb zu verhindern, daß der Lehrmeister seinen Lehrling als Ausbeutungsobjekt betrachtet und behandelt. Die Bestrebungen, die darauf abzielen, das unmöglich zu machen, begleiten wir mit lebhafter Sympathie, und wir würden die Errichtung öffentlicher Lehrwerkstätten, in welchen der Erwerbsszweck völlig hinter dem Lehrgewinn zurücktritt, als einen gewaltigen Fortschritt begrüßen.

Einstweilen müssen wir aber mit den gegebenen Verhältnissen rechnen, mit der Tatsache, daß trotz der Aussicht durch die Summen und sonstiger Organe die Lehrlinge nur zu oft von dem sogenannten Lehrmeister, der aus ihnen einen möglichst großen Nutzen ziehen will, physisch und moralisch mißhandelt wird, wobei von einer tüchtigen Ausbildung im Beruf häufig keine Rede ist. Hier verlangen wir von unseren Kollegen, daß sie sich als Schützer und Helfer der jungen Leute fühlen. Rechtsakte gegenüber den Lehrlingen sollen sie nicht als gleichgültige Zeugen betreten oder sich gar an ihnen beteiligen, sondern sie sollen jeder Vergewaltigung entgegenreten. Sie sollen den jungen Leuten in jeder Beziehung helfen, ihnen nach Möglichkeit von ihrem Wissen und Können mitteilen, sie mit einem Wort als die künftigen Kameraden und Mitkämpfer für günstige Arbeitsbedingungen betrachten.

Rechtlich liegen die Dinge mit den jugendlichen Hilfsarbeitern. Sie wollen nicht das Handwerk erlernen, sondern sie müssen, meist infolge der Armut der Eltern, schon in jungen Jahren Geld verdienen, um ihren Unterhalt ganz oder teilweise zu bestreiten. Auch hier bietet sich für den erwachsenen Kollegen oft genug Gelegenheit, den Jünglingen vor Unbill zu schützen. Der junge Hilfsarbeiter kehrt schon mitten im Erwerbssleben, er muß sich, im Gegensatz zum Lehrling, bemühen, seine Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Deshalb gehört er zu seine Gewerkschaft in die auch der Lehrling nach Ablauf seiner Lehrzeit als bald eintritt soll.

Das „Holzarbeiter-Jugendblatt“ wird ein gutes Hilfsmittel werden, die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter zur Erhaltung ihrer Rechte im Sinne der Bestrebungen unseres Verbandes zu erziehen. In dem gleichen Sinne werden unsere Kollegen in den Betrieben fortgesetzt auf den

jungen Nachwuchs einwirken. Auf diese Weise wird der Schlag, den Herr v. Jagow gegen unseren Verband zu führen beabsichtigt, glänzend pariert werden. Selbst wenn die Gerichte schließlich entscheiden sollten, daß unserem Verbande junge Leute unter 18 Jahren nicht angehören dürfen, dann wird die Organisation dadurch nicht geschädigt werden. Mit um so größerer Begeisterung wird uns die Jugend zuströmen, wenn sie das polizeiliche „Schuhalter“ gegen die Wahrnehmung ihrer Interessen überschritten hat.

### Soziales.

#### Sicherung des Koalitionsrechtes, Weiterführung der Sozialreform!

Wenn es nach den Wünschen unserer Scharfmacher ginge, dann müßte die ganze sozialpolitische Gesetzgebung rückwärts verkehrt werden. Trotz der glänzenden Prospektive, welche unsere Industriellen aus dem Schweiß und den Knochen der Arbeiter ziehen, jammern sie unaufhörlich über die angeblich so schwere Last, welche ihnen die Arbeiterverpflichtungsgesetzgebung auferlegt. Immer lauter wird das Geschrei nach Einschränkung des Koalitionsrechtes, nach Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterchaft. Dieses Geschrei der Scharfmacher findet an den maßgebenden Stellen ein zustimmendes Echo. Fast täglich werden Gerichtsurteile bekannt, welche erkennen lassen, daß die Justiz dem Haß der Scharfmacher gegen die Bestrebungen der Arbeiter mehr Verständnis entgegenbringt, als ihrem Vorhaben förderlich ist. Der Streitpostenerlaß der preussischen Regierung ist eine offene Aufsehnung gegen reichsgesetzliche Bestimmungen, die durch Polizeischranken unvollkommen gemacht worden sollen. Von dem gleichen Geiste ist der Versuch diktiert, die Gewerkschaften dem Vereinsgesetz zu unterstellen. Und wie die maßgebenden Instanzen in der Reichsregierung über die Sozialreform denken, darüber gibt die Rede, die der berufene Vertreter der deutschen Sozialpolitik, der Staatssekretär Desbrel am 20. Januar dieses Jahres im Reichstag gehalten hat, in genügender Weise Auskunft. Er warnte vor einem „gedankenlosen Vorwärtstreiben“ auf dem Gebiete der Sozialpolitik und trat für eine „verständige Sozialpolitik“ ein, worunter er, wie aus seinen weiteren Ausführungen hervorgeht, ein verständnisvolles Eingehen auf die Wünsche der Unternehmer versteht.

Das sind so einzelne Symptome, die jedoch für den gegenwärtigen sozialpolitischen Kurs in Deutschland kennzeichnend sind. Daß sich die Arbeiter dagegen wehren ist selbstverständlich. Es muß aber anerkannt werden, daß es auch bürgerliche Kreise gibt, denen es ernst ist um die Fortführung der Sozialreform. Der Träger dieser Bestrebungen ist die Gesellschaft für Soziale Reform, die auf den 10. Mai eine eindrucksvolle Demonstration gegen den Stillstand in der Sozialpolitik veranstaltet hat. An die 5000 Personen waren in der „Neuen Welt“ in Berlin zusammengeströmt. Den Vorsitz führte Herr v. Berlepsch und den einleitenden Vortrag hielt Professor Dr. Franke. Er verwies auf die Mängel, die der sozialpolitischen Gesetzgebung noch anhaften und die nach Abhilfe schreien. Neben dem Ausbau der bestehenden Arbeiterversicherungsgesetze bezeichnete er die Einführung der Arbeitslosenversicherung als eine dringende Aufgabe. Als Problem einer weitestgehenden Sozialpolitik nannte er u. a. die Bekämpfung der Volksleiden, die Minderung der Wohnungsnot usw. Entschieden trat Professor Franke für den Schutz der Bewegungsfreiheit der Arbeiter ein, und unter dem stillschweigenden Beifall seiner Zuhörer betonte er, daß heute keine Reform dringender sei, als die nach Gerechtigkeit auch für die Arbeiterchaft.

Die lange Reihe der Diskussionsredner eröffnete der frühere Staatssekretär v. Posadowsky, der manches schöne Wort für die Weiterführung der Sozialreform fand, in einer wichtigen Frage jedoch von dem Referenten abwich. Die Einführung einer Arbeitslosenversicherung durch das Reich hält er noch nicht für spruchreif; ihr müsse die reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises vorausgehen. Die Gegner der Arbeitslosenversicherung werden es sich gewiß nicht entgehen lassen, künstlich in den Grafen Posadowsky als Zeugen gegen den Fortschritt auf diesem Gebiete ins Feld zu führen. Der Vorsitzende, Herr v. Berlepsch, führte in seiner Schlussrede aus, daß die Parole aller einsichtigen Patrioten lauten müsse: Fortführung der Sozialpolitik! Jeder ist die Hoffnung, daß dieser Ruf von den maßgebenden Kreisen aufgenommen und weitergetragen wird, sehr gering. So anerkanntenswert die Unterstützung ist, welche die Gesellschaft für Soziale Reform den Forderungen der Arbeiter leiht, so tun doch die Arbeiter gut, vor allem der eigenen Kraft zu vertrauen, um durch starke Gewerkschaften ihren Wünschen den erforderlichen Nachdruck zu geben.

Am Tage vor dieser öffentlichen Kundgebung hatte die Gesellschaft für Soziale Reform eine außerordentliche Generalsammlung abgehalten, bei welcher der wichtigste Punkt „das Koalitionsrecht“ auf der Tagesordnung stand. Der Referent, Professor Dr. Kehler-Jena, fand prächtige Worte zur Kennzeichnung der Gefahren, die mit dem angeblichen Koalitionszwang der Arbeiter getrieben wird. Von den Gewerkschaften sagte er, sie haben eine Organisations- und Kulturarbeit ersten Ranges geleistet und trotzdem stehen sie rechtlich in der Luft, schlechter als jeder kleine Bergnütungsverein. Kehler fordert ein einheitliches Arbeitsrecht, dessen Grundlage ein wirkliches Koalitionsrecht sein müsse. Das Geschrei über den angeblichen Terrorismus der Gewerkschaften, das besonders von solchen Leuten erhoben wird, die in dieser Hinsicht sehr wenig lauter unter dem Strauß sind, fertigte er mit der Konstatierung der Tatsache ab, daß die Mittel des Organi-

sationszwanges der Gewerkschaften Kinderspiele sind gegenüber den Mitteln der Kartelle.

Die abfällige Beurteilung der gelben Vertreter tief den Professor Dr. Hans Desbrel, den Herausgeber der „Preussischen Jahrbücher“, einer konservativen Zeitschrift, auf den Plan, der oft von Widerspruch und Gelächter unterbrochen, eine fulminante Verteilungsrede für die gelben Sumpfpflanzen hielt. Sie sind ihm besonders sympathisch, weil sie zur Zersplitterung der Arbeiterbewegung führen, was er für nützlich hält. Was Leute mit solcher Auffassung in der Gesellschaft für Soziale Reform zu suchen haben, ist schwer zu begreifen. Wenn diese Gesellschaft so tolerant ist, daß ihre Tür auch allen Rückwärtsern offen steht, dann kann das ihrem Ansehen nur schaden. Wegen die Ausführungen Desbrel's wurde übrigens von den nachfolgenden Rednern scharfer Widerspruch erhoben. Die Vertreter einer Anzahl Angestelltenverbände traten entschieden für völlige Koalitionsfreiheit ein. Verschiedene von ihnen zählten an der Hand von tatsächlichen Vorkommnissen, daß das Unternehmertum in der Großindustrie mit dem Koalitionsrecht der Angestellten in der gleichen rückwärtslosen Weise umspringt wie mit dem der Arbeiter. In sehr gründlicher Weise rechnete insbesondere auch unser Kollege Robert Schmidt mit dem koalitionsrechtlichem Professor ab. Nachdem noch über den Erschuldigung verhandelt worden war, gab der Vorsitzende, Herr v. Berlepsch, in seiner Schlussrede seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß auch er die gelben Gewerkschaften nicht als Arbeiterorganisationen anerkennen könne.

Wir wollen die Bedeutung der Kundgebungen der Gesellschaft für Soziale Reform nicht herabsetzen, doch darf ihr Wert nicht überschätzt werden. Gegenüber den Scharfmachereien der Vertreter von Unternehmerorganisationen ist die entschiedene und deutliche Stellungnahme für ein freies Koalitionsrecht und für die Fortführung der Sozialreform nicht ohne Bedeutung. Daß es einmalige Mühsal ist, wie Herr v. Berlepsch und Graf v. Posadowsky, in der Gesellschaft für Soziale Reform eine bedeutende Rolle spielen, darf man freilich nicht zu hoch anschlagen; die im Amt befindlichen Minister und Staatssekretäre fühlen sich zu sehr als Geschäftsführer der bestehenden Klassen und man kennt Beispiele dafür, daß sich die großindustriellen Scharfmacher als erfolgreiche Ministerstürzer betätigt haben, um zu verhindern, daß sich zuviel soziales Verständnis in den Regierungskreisen breit macht. In den Kundgebungen hat sich auch eine Anzahl Abgeordneter verschiedener bürgerlicher Parteien beteiligt, verschiedene von ihnen haben auch im Sinne der Fortführung der Sozialreform das Wort ergreifen. Das ist aber nichts als schönes Wortgekläuge. Wenn es im Reichstag galt, die Interessen der Arbeiter wirksam wahrzunehmen, haben die bürgerlichen Parteien noch regelmäßig versagt.

Statt sich auf die mehr oder weniger aufrichtig gemeinten Sympathiekundgebungen zu verlassen und ruhig den Erfolg abzuwarten, müssen die Arbeiter vor allem die eigenen Kraft vertrauen. So anerkanntenswert die uns von einsichtigen Sozialpolitikern gewährte Unterstützung im Kampfe um die Sicherung des Koalitionsrechtes und um den Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung ist, der entschlossene Wille der Arbeiterchaft kann dadurch nicht ersetzt werden. Erfreulicherweise ist aber dieser Wille vorhanden und die von der Berliner Gewerkschaftskommission am 8. Mai veranstaltete Versammlung der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre hat dafür wiederum Zeugnis abgelegt. Etwa 5000 Funktionäre tauschten den sachkundigen Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Wolfgang Heine über die „Politik-Erklärung der Gewerkschaften durch den Polizeipräsidenten v. Jagow“. Heine hielt sich nicht eng an das Thema, sondern gab ein zusammenfassendes Bild von den Kämpfen zur Sicherung des Koalitionsrechtes gegen seine Feinde. Er zeigte, wie man nicht nur auf dem Wege der Gesetzgebung schon öfters den vergeblichen Versuch gemacht hat, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben, sondern daß diese Versuche durch die Verwaltungs- und Justizbehörden in ununterbrochener Kette fortgesetzt werden, wobei die Feinde der Arbeiter durch Mißhandlung des Rechts beachtenswerte Erfolge erzielt haben. Die Politik-Erklärung der Gewerkschaften ist ein Glied in dieser Kette. Der diesem Versuch zugrunde liegende Gedanke ist juristisch falsch, damit ist aber noch nicht gesagt, daß die Gewerkschaften auch vor den Gerichten Recht finden werden. Man muß aber den Behörden das Vorgehen gegen die freien Gewerkschaften verwehren, indem man jeden Verstoß der gegnerischen Vereine gegen das Vereinsgesetz zur Anzeige bringt und so ein gerichtliches Einschreiten erzwingt. Auf diesem Wege ist es denkbar, unsere Gegner von dem Widerstand der Bevölkerung der Gewerkschaften zu überzeugen und sie zur Aenderung der unhaltbaren Gesetze zu zwingen, die man nur gegen die Arbeiter anwenden will. Der beste Gegenschlag aber ist die Verdoppelung der Mitgliederzahl der Gewerkschaften. Je stärker die Organisation, um so größer ist ihre Macht!

Darauf kommt es in der Tat an. Die fortgesetzten Versuche, unser Koalitionsrecht zu verschlechtern, der Ruf nach Ausnahmegesetzen gegen die Gewerkschaften, muß die Arbeiterchaft aufpeitschen. Wir dürfen uns nicht schweigend abschlagen lassen, sondern müssen uns kräftig zur Wehr setzen. Das beste Abwehrmittel gegen die Versuche, uns zu vergewaltigen, ist die Stärkung unserer Macht. Bemühen wir uns, die Mitgliederzahl der Gewerkschaften zu verdoppeln; das imponiert unseren Gegnern und ist zugleich das beste Mittel, die eingerostete Maschinerie der Sozialpolitik wieder in Gang zu bringen.

**Das Volkseinkommen in Preußen.** Ein anschauliches Bild von der ungleichen Verteilung der Lebensgüter gibt die preussische Steuerstatistik. Nach den Veranlagungsziffern für das Jahr 1913 erreichte fast die Hälfte aller in Preußen wohnenden Personen oder deren Ernährer das staatssteuerpflichtige Einkommen von 800 Mk. im Jahr überhaupt nicht. Von den 40 761 685 Personen, die der Steuerveranlagung zugrunde lagen, blieben 18 998 148 Personen bzw. die Haushaltungen, denen sie angehören, aus diesem Grunde steuerfrei. Die verbleibenden 21 763 477 Seelen verteilen sich auf 7 930 575 Steuerzahler (einzelne selbständige Personen oder Haushaltungsvorstände). Die Steuerstatistik berechnet, daß von diesen zur Steuer veranlagten Personen rund fünf Millionen, die 12 1/2 Millionen Seelen vertreten, in den Städten, und drei Millionen mit 9 1/2 Millionen Seelen in Landgemeinden wohnen. Für die Unterabteilung der Steuerkraft von Stadt und Land ist diese Berechnung aber zu wenig zuverlässig, da sie sich lediglich an die oft zufällige Art der Gemeindevorfassung hält. Es gibt eben viele Orte in Preußen, die noch die Dorfverfassung haben, obgleich sie ihrer Struktur nach längst recht anscheinliche Städte sind, selbst solche mit 60 000 Einwohnern. Bei Berücksichtigung dieser Umstände dürfte sich das Bild von der Steuerkraft noch ganz wesentlich zugunsten der Städte verschieben.

Von jenen zur Steuer veranlagten 7 930 575 Personen mußten aber noch 612 193 Personen auf Grund des Kinderprivilegs von der Steuer befreit werden, weil ihr steuerbares Einkommen mit dessen Hilfe unter 900 Mk. sank. Die Veranlagten verteilen sich auf die einzelnen Einkommensstufen wie folgt:

Eben über 900 Mk., aber frei	612 193 Pers. = 7,72 Proz
900 bis 3 000 Mk.	6 480 873 " = 81,83 "
3 000 " 6 500 "	598 047 " = 7,54 "
6 500 " 9 500 "	99 054 " = 1,25 "
9 500 " 30 500 "	104 022 " = 1,32 "
30 500 " 100 000 "	22 289 " = 0,28 "
100 000 " 500 000 "	4 416 " = 0,06 "
500 000 " 1 000 000 "	242 " = 0,003 "
1 000 000 "	89 " = 0,001 "
<b>7 930 575 Pers. = 100,00 Proz</b>	

Es gab demnach 1913 in Preußen 4747 Personen, die im Jahre mit ihrer Familie je mehr als 100 000 Mk. zu verdienen hatten, ja 89 Kräfte durften über 1 Million Mark ausgeben, ohne ihren Reichtum angreifen zu brauchen. Dagegen blieben neun Zehntel aller Steuerpflichtigen mit ihrem Einkommen unter 8000 Mk. im Jahre. Dies Verhältnis tritt allein bei den Veranlagten zutage, während fast die Hälfte aller Einwohner Preußens mangels genügenden Einkommens gar nicht erst zur Veranlagung gelangten. Daß die hier nachgewiesene Verteilung des Einkommens gerecht und vernünftig sei, wird wohl kaum das harmloseste Gemüt unter den Arbeitern behaupten können, denn daß die Glücklichen, die über die Rieseneinkommen verfügen, der menschlichen Gesellschaft aus eigener Kraft entsprechende Gegenwerte zu schaffen vermöchten, ist natürlich ausgeschlossen. Auf der anderen Seite aber steht die große Masse, die bei anstrengendster Arbeit nicht soviel verdient, um den notwendigsten Unterhalt zu bestreiten. Dabei ist in der untersten Steuergruppe noch reichlich Schärfe zugesetzt worden, denn 15,9 Prozent aller darin Veranlagten haben Einspruch erhoben und damit 8 Millionen Mark Steuerermäßigung erzielt. Von den Einkommen über 3000 Mk. haben nur 0,5 Prozent die Veranlagung angefochten und 2 Millionen Mark dabei herausgeholt. Dagegen hat der Staat durch seine Nachprüfungen der Steuererklärungen noch 16 Millionen Mark Mehrsteuern erzielt. Weitere 2 Millionen Mark holte er aus Steuerstrafen heraus, die insgesamt in 2960 Fällen verhängt wurden. Neben jenen persönlichen Steuerzahlern, die zu insgesamt 348 Millionen Mark Staatssteuer veranlagt wurden, traten dann noch 11 610 nichtphysische Personen (Aktiengesellschaften usw.) mit 57 1/2 Millionen Mark, so daß das ganze Steuerfoll 405 1/2 Millionen Mark erreichte.

**Die Polizei im Konkurrenzklampfe gegen die „Volkshilfe“.** Die mannigfachen Versuche der Konkurrenzunternehmungen, die politische Voreingenommenheit einzelner Bevölkerungsschichten gegen die gewerkschaftlich-genossenschaftliche „Volkshilfe“ mobil zu machen, haben bei deren anerkannt guten Leistungen nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt. Jetzt versucht man es mit größeren Mitteln. Der berühmte Dr. Ropp, der Leiter der „Deutschnational-rechtlichen Versicherungsgesellschaft“, hat der Staatsanwaltschaft „Material“ in Gestalt zusammengetragener Zeitungsausschnitte überwiesen, um mit dessen Hilfe die Propagandaversammlungen der „Volkshilfe“ als politisch erklären zu können. Dieses „Material“ hat jedoch der gerichtlichen Nachprüfung nicht standgehalten. Die Polizeibehörde des Vörschens Stehlich bei Dresden hat den Einberufer einer Volkshilfeversammlung in Strafe genommen, weil er diese „politische“ Versammlung nicht politisch gemeldet hatte. Das angerufene Schöffengericht Dresden bestätigte zwar die Strafe, das Landgericht aber stellte fest, daß es sich in jener Versammlung nur um einen rein wirtschaftlichen Konkurrenzklampf zwischen den Anhängern der neueren Volksversicherung „Volkshilfe“ und den kapitalistischen Versicherungsgesellschaften gehandelt habe, dies aber nicht als eine politische Angelegenheit angesehen werden könne. Die Folge war die Freisprechung des angeklagten Einberufers. Trotz dieser einwandfreien Feststellungen legte der Staatsanwalt Revision ein. Er glaubte seine Haltung mit dem zweifelhaften Material des Konkurrenten Dr. Ropp begründen zu können. Nach ihm sind einfach Gewerkschaften und Genossenschaften „sozialdemokratisch“ und damit auch alles, was für die „Volkshilfe“ getan wird. Das Oberlandesgericht in Dresden ließ diese politischen und gesellschaftlichen Eiferer abbitten und schloß sich der Freisprechung an.

Die „Volkshilfe“ aber entwickelt sich inzwischen all ihren Reibern zum Trotz. Nach ihrem letzten Geschäftsbericht brachte ihr allein der Monat März 14 186 Anträge. Seit ihrer Geschäftsaufnahme im Juli 1913 sind insgesamt 116 788 Anträge mit 21 Millionen Mark Kapital- und 7 Millionen Mark Rückversicherungssumme erledigt worden.

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

In Sogland a. Spree wurde eine neue Zahlstelle gegründet.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokaltages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 10. Mai beträgt in Langenwlls 70 Pf., ab 1. Juni in Pr. Stargard 70 Pf., ab 1. Juli in Lübenstsch 80 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 21. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 224950 Hans Gentschel, Rittenm., geb. 2. 9. 78 zu Berlin.
- 267118 Wilm. Behringer, Tischl., geb. 1. 2. 86 zu Oberndorf.
- 349900 Walter Gittler, Tischl., geb. 12. 2. 91 zu Berlin.
- 508571 Otto Böhlenz, Tischl., geb. 1. 6. 76 zu Gr. Neuenhof.
- 590878 Paul Ehler, Tischl., geb. 24. 8. 82 zu Bremen.
- 592970 Th. Jachsmann, Tischl., geb. 9. 11. 89 zu Rönitz.
- 639717 Wlth. Schmidt, Tischl., geb. 22. 7. 95 zu Düsseldorf.

Berlin SO. 16, Am Rönischen Park 2.

Der Vorstandsvorsitz.

**Korrespondenzen.**

**Eisenberg.** Endlich ist der Schiedspruch des Freiherrn v. Verleppsch auch hier erfüllt worden. Die Firma D. Wehn G. m. b. H., wegen deren Weigerung die Zentralvorstände angerufen werden mußten, hat am 2. Mai allen Kollegen pro Stunde 2 Pf. seit 15. Februar nachgezahlt. Ebenfalls sind nun die Wollordpreise entsprechend erhöht worden. Die Firma versuchte durch Klindigung einiger Kollegen die Verbleibenden einzuschüchtern. Unmaß zur Klindigung war angeblich Arbeitsmangel, aber noch vor Ablauf der Klindigung waren schon wieder andere Arbeiter eingestellt. Die Firma scheint überhaupt gern andere Gesichter zu sehen, denn im Laufe eines Jahres sind bei 30 Beschäftigten ebenbürtige Einstellungen und Entlassungen vorgekommen. Kollegen, welche bei dieser Firma in Arbeit treten wollen, mögen deshalb so vorsichtig sein und erst beim Arbeitsnachweis anfragen, ob dort Plätze frei sind. In der Hofpionstraße 17 Weiskind soll eine weitere Arbeitsstelle vorgenommen werden. Wenn auch hiergegen nicht viel einzuwenden ist, so doch gegen die Art und Weise der Durchführung. So wurde ein ungeladener Arbeiter eingestellt, der Umbau abzuhandeln sollte. Was nicht genügend Vorbereitung vorhanden war, sollte der Mann, der noch keinen Furnier gesehen hatte, zu 100 Umbau Furnier zuschneiden und zusammenlegen. Wie Herr Weiskind als Fachmann etwas derartiges anordnen kann, bleibt ein Rätsel; die Furnierler können dann sehen, wie sie mit solcher Arbeit fertig werden. Die Kollegen tun deshalb gut, recht auf dem Posten zu sein und die letzten paar Mann für den Verband zu gewinnen.

**Hamburg.** Paritätischer Arbeitsnachweis. Wochenbericht vom Sonnabend, den 9. Mai, bis Freitag, den 15. Mai 1914.

Branchen	In d. Woche besetzte Arbeitsstellen	Am Wochenanfang vorhandene	
		offene Arbeitsstellen	gemeldete Arbeitslose
Bautischler inkl. Anschläger	104	—	289
Möbeltischler	84	—	327
Maschinenarbeiter	6	—	16
Polierer inkl. Beizer	3	—	18
Drehfler	—	—	3
Sonstige Branchen	4	—	39
<b>Zusammen</b>	<b>203</b>	<b>—</b>	<b>692</b>

**Hamburg.** (Korbmacher.) Wohl selten war ein Thema so passend für die hiesigen Kollegen, wie das vom Kollegen Lehmann-Berlin zu seinem hier kürzlich gehaltenen Vortrag gewählt: „Die neuerliche Entwicklung in der Korbmacherei.“ Die Fortentwicklung in einem Gewerbe ist gewiß zu begrüßen, bringt sie doch gewöhnlich für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer eine Verbesserung ihrer Lage. Aber leider ist es in der Korbmacherei anders, fast jede Neuerung bringt Verschlechterungen, indem sich die Arbeitgeber unterbieten und infolgedessen die Löhne zu drücken suchen. Dies müssen wir in Hamburg sehr oft erfahren. Seit der Geschloßperiode 1907 ist die Geschloßfabrikation gänzlich aus den Großstädten verschwunden, wo sie früher zu Hause war. Die Perioden brachten naturgemäß viele Arbeiter zusammen, so auch die letzte. Um am Schluß wieder ein geordnetes Arbeitsverhältnis zu schaffen und das Ertrugene zu erhalten, wurde der Arbeitsnachweis geschaffen. Der Arbeitsnachweis, an welchen sich unsere Kollegen anfangs nicht recht gewöhnen konnten, ist jetzt zur Notwendigkeit geworden. Die Arbeitgeber sehen ebenfalls, daß sie keinen Schaden haben, denn als kürzlich die Firma Heitmann das Ansuchen an den Arbeitgeberverein stellte, sich dem Arbeitgeber-Schutzverband anzuschließen, um dem Arbeitsnachweis den Garaus zu machen, lehnte dieser es einstimmig ab. Herr Wallemeier-Altona benutzte den Nachweis nicht, weil er die tariflichen Löhne nicht zahlen will. Einzelne Firmen betrachten freilich den Nachweis immer noch als Viehmarkt, bei dem man die beste Ware herausfischen kann. Die alten Arbeiter mögen sehen, wo sie bleiben. Was sollen diese aber machen? Die Grünarbeit, auf welche vor einigen Jahren noch 50 bis 60 Mann beschäftigt wurden, ist ebenfalls fast ganz verschwunden, der Rest wird in der Strafanzalt angefertigt. Die Strafanzalt als Konkurrenzbetrieb, die Arbeitslosenfürsorge abgelehnt, das ist neuerliche Entwicklung in der Hamburger Korbmacherei. So wie die Arbeit, haben sich auch die Werkstellen entwickelt. Wenn auch einige Großbetriebe schöne gesunde Werkstätten haben, so sind diese doch in den größten Betrieben verschwunden und an deren Stelle einfache Bretterbuden getreten. Doch ein kleiner Hoffnungstrahl winkt uns. In der Sitzung am

25. März der Hamburger Bürgerchaft wurde erklärt, daß die Korbmacherarbeiten in der Strafanzalt bald gänzlich aufgehoben würden und wie auch noch eine dementsprechende Antwort auf unsere im Oktober v. J. eingereichte Petition erhalten sollen.

**Hamburg.** (Drehfler.) Am 9. Mai fand eine sehr gut besuchte Sektionsversammlung statt, die sich mit der Errichtung eines Arbeitsnachweises für sämtliche Branchen beschäftigte. Kollege Heerthof erklärte ausführlich die Bedeutung der Arbeitsnachweisesfrage. Er bekräftigte den Nachweis auf Grundlage eines vorliegenden Regulativs, wie es bereits bei der Sektion der Möbeltischler besteht, zu errichten. Die Diskussion gestaltete sich recht reger, schließlich wurde einstimmig beschlossen, einen Arbeitsnachweis zu errichten und ihn an den der Sektion der Möbeltischler im Verkehrslokal bei Anilbe, Eimsbüttelerstraße 18, anzuschließen, sowie die Inkraftsetzung nach erfolgter Bekanntgabe in der „Holzarbeiter-Zeitung“. Umfassende und schriftliche Anfragen bei den Unternehmern ist streng verboten.

**Seipzig.** Die Gummidrehfler hielten am 5. Mai eine mächtig besuchte Branchenversammlung ab. Der Vertrauensmann, Kollege Seibel, referierte über die Bedeutung der Konferenzbeschlüsse. Die letzten Vorkommnisse am Orte sind nicht ohne Einfluß auf die Organisation geblieben. Vor kurzer Zeit wurde bei der Firma Welf u. Dähler ein gelber Werkverein gegründet. Bei der Firma Fligel u. Polter bestehen Streitigkeiten wegen Reduzierung des Akkordtarifes. Auch versucht man hier weibliche Arbeitskräfte an Automaten anzulernen. Es ist daher Pflicht aller in den Hartgummibetrieben beschäftigten Kollegen, diese Arbeiterinnen unserer Organisation zuzuführen. Der Vertrauensmann ersucht die Kollegen, bei der in nächster Zeit stattfindenden Hausagitation sich gegenseitig zu unterstützen. — Welch großes Interesse die Drehfler aller Branchen an ihrer wirtschaftlichen Lage haben, bewies die von der Sektionsleitung für den 25. April einberufene Branchenversammlung mit der Tagesordnung: Referat über „Neuerungen im Krankenversicherungsgesetz“ und Branchenangelegenheiten. Es waren insgesamt nur 22 Kollegen erschienen. Das ist befriedigend für die Kollegen, wo hier etwa 200 organisierte Drehfler beschäftigt sind, und der Sitz der Zentralkommission am Orte ist. Es ist höchste Zeit, daß die Kollegen ihre Interesslosigkeit abstreifen und in Zukunft die Versammlungen besser besuchen.

**Magdeburg.** Die Möbel- und Fabrikfler hielten am 13. Mai ihre Sektionsversammlung ab, in der Kollege Welf Bericht über die Berliner Konferenz erstattete. Er führte aus, daß die Zeitung eine gute, jedoch der reichhaltigen Tagesordnung wegen, zwei Tage zu kurz gewesen wäre. Vielen Delegierten war es aus diesem Grunde nicht möglich, ihre Wünsche gerührend vorzubringen. In der Diskussion wandte sich Kollege Gorgas gegen eine längere Dauer solcher Konferenzen. Hier habe jeder Delegierte versucht, seinen Ort herauszujucheln, so daß auch eine längere Tagung an der Sache selbst nichts geändert haben würde. Sein Hauptaugenmerk legte der Kollege auf die Arbeitsvermittlung, zu der er Nachschüsse erteilte. Ferner kritisierte Kollege Gorgas den schlechten Verlauf der Versammlung und besonders, daß selbst der Antragsteller der Magdeburger Anträge nicht einmal erschienen war.

**Merseburg.** Der Holzarbeiter-Verband ist schuld! Mit dieser Ausrede suchten sich die „Möbelfabrikanten“ Waltherr und Brüdner weiszumachen, die sich am 30. April wegen Konkursverbrechens vor dem Schwurgericht in Halle zu verantworten hatten. Die beiden, von denen der eine vorher freigesprochen, der andere Zimmermann war, hatten im Februar 1913 in Merseburg eine Möbelfabrik errichtet, in welcher etwa 25 Mann mit der Anfertigung von eleganten Schlafzimmern beschäftigt wurden. Unsere Zahlstelle hatte mit der neuen Firma einen Akkordtarif vereinbart, auf Grund dessen unsere Kollegen durchschnittlich 28 bis 30 Mk. die Woche verdienten. Die Herrlichkeit dauerte aber nicht lange; schon im August wurde der Konkurs angemeldet. Da die Fabrikanten sich schon vorher das Bargeld und die vorhandenen Wechsel geteilt hatten, konnten nicht einmal die Arbeiter ihren Lohn erhalten. Vor Gericht suchten die Angeklagten alle Schuld an dem Zusammenbruch auf die Arbeiter abzumwälzen. Der Verband hätte sie gezwungen, das Doppelte an Arbeitslöhnen zu zahlen, wie sie gerechnet hätten. Wir glauben ja gern, daß sie ihre Arbeiter lieber mit Wochenverdiensten von 14 bis 15 Mk. abgepeist hätten, aber dafür sind auch in Merseburg keine Täter zu finden. Außerdem sei die Arbeit mangelhaft gewesen und von den Abnehmern beanstandet worden. Das mag schon zutreffen, es lag aber nicht an den Arbeitern. Wenn Holz frisch von der Schneidemühle weg zu Möbeln verarbeitet wird und man dazu die jämmerlichste Sorte Furnier nimmt, von dem noch dazu ganze Haufen zum Feuern des Dampfessels verwendet werden, dann ist mit den Produkten natürlich kein Staat zu machen. Die Fabrikanten haben ihren Betrieb mit einem Kapital von 3000 Mk. gegründet, die Werkzeuge noch gepumpt waren. Später ist dann noch ein Reiferer und ein Werkführer angepumpt worden. Daß eine solche „Gründung“ vertragen muß, ist einleuchtend. Die Verdächtigung der Arbeiter muß aber entschieden zurückgewiesen werden. Dafür, daß sie sich die Geschäftskasse redlich geteilt und damit ihre Gläubiger herabgelassen hatten, wurden die beiden Herren zu sieben resp. fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

**Wilsdruff.** Seit Jahren besteht hier ein Arbeitsnachweis, welcher sich in der Verwaltung des Bevollmächtigten befindet. Die Verwaltung hat sich die größte Mühe gegeben, um den Kollegen geeignete Arbeitsstellen zu vermitteln, jedoch muß von Seiten der Kollegen der Arbeitsvermittlung viel mehr Beachtung als wie bisher entgegengebracht werden. Das gilt besonders für die zureichenden Kollegen. Am meisten wird die Firma Gebr. Müller überlaufen. Es ist deshalb kein Wunder, wenn dieser Firma jetzt der Ramm schwillt und unseren Kollegen allerhand Verschlechterungen zugemutet werden. Die Behandlung durch den Werkmeister läßt sehr zu wünschen übrig, die Laune der Kollegen darf nicht so weiter gehen. Bessere Verhältnisse in unserer Zahlstelle zu schaffen, ist aber nur möglich, wenn die Kollegen mehr Interesse an unseren Veranstellungen und Versammlungen zeigen.

**Zwickau.** (Stellmacher.) Im Anschluß an den Bericht in Nr. 19 der „Holzarbeiter-Zeitung“ sei darauf hingewiesen, daß es bei der Firma Schumann nicht nur die Abteilung Kasserellbau ist, über welche die Kollegen Klage zu führen Ursache haben. Wir wollen hiermit noch einmal ausdrücklich betonen, daß die von uns gerügten Zustände für alle Betriebsabteilungen zutreffen. Ganz besonders aber gerade für die Abteilung Wagon- und Waggonbau.

**Unsere Lohnbewegung.**

In **Berlin** stehen die Arbeiter der Kammsfabrik Bernhard Bloch, Brühl, seit dem 15. April im Streit, um Abzüge an den Akkordpreisen abzuwehren. Der Betrieb hat eine recht schnelle Aufwärtsentwicklung durchgemacht. Bis zum Jahre 1911 wurden fast nur Jungblöcke in diesem Betriebe beschäftigt. Durch Einführung besserer Arbeit mußten aber auch geübtere Arbeiter eingestellt und die Preise aufgebessert werden. Damals wurde auch eine Tarifvereinbarung abgeschlossen. Von dieser 25 Beschäftigten stieg der Betrieb bis zum Jahre 1913 auf 90 Beschäftigte. Im Juli 1913 wurde der vielen Kollegen bekannte Konrad Scharff als Meister eingestellt, der im Jahre 1906 bei der Firma Karl Döbbsellin erst Arbeitswilliger und dann Meister war. Dort hat er die Preise so heruntergebracht, daß dabei kein verheirateter Kollege arbeiten kann. Als im November 1913 ein Herr Cohn die Firma Bloch übernahm, wurden zunächst die Tarifpreise gezahlt, bis Anfang 1914 die Abzüge bei den jugendlichen Akkordarbeitern begannen. Auf Anraten des Meisters suchten diese den Verlust durch Längerarbeiten auszugleichen, was der Firma dann allerdings 200 Mk. Geldstrafe kostete. Dann folgten Abzüge bei den Schlichtern und schließlich bei den übrigen Kammschneidern. Das führte zur Arbeitsniederlegung. Jetzt betätigt sich ein ehemaliger Unternehmer Nathan Grünberg im Betriebe als Direktor, ihm stehen einige wenige Arbeitswillige zur Seite. Doch wird es diesen Kräften nicht gelingen, den Betrieb lieferfähig zu erhalten. Die Kollegen aber sind nicht gewillt, sich die Preise bei dieser Firma, die ohnedies als Preisbrüder auf dem Warenmarkt gilt, noch weiter herabsetzen zu lassen.

In **Braunschweig** sind die Differenzen in der Solfpianofortefabrik Steinwegs Nachf. beigelegt. Die mit den Firmeneinhabern gepflogenen Verhandlungen zeitigten die Zusage auf Abstellung der bis jetzt empfindlicher Mißbilligkeiten und die Gewähr für die geforderte Abnahme fertiger Arbeiten. Die im Zustand befindlichen Kollegen beschloßen, die gestellten Forderungen als erfüllt anzusehen. Die Arbeit wurde vorige Woche wieder aufgenommen. Für die Zukunft wird es an Herrn Grotrian liegen, wie und welche Anweisungen er seinen Werkmeistern gibt. Differenzen im Betriebe sind ihm peinlich, sie zu vermeiden und die Unzufriedenheit zu beseitigen, wird bei ernstem Willen ein leichtes sein. Wie so viele Arbeitgeber, so betont auch Herr Grotrian, daß er nur mit seinen Arbeitern verhandelt und für sie jederzeit zu sprechen sei. In der Praxis hat sich leider bisher gezeigt, daß er höchst empfindlich war, wenn die Ausschussmitglieder wirkliche Vertretung ausübten. Daß die Ausschussmitglieder die stundenlangen Verhandlungen im Stillen führen mußten, sollte wohl erzielt werden. Bei solchen Anlässen ließe sich wohl auch Sitzgelegenheit beschaffen. Die Kollegen werden natürlich auch in Zukunft Vertrauen zu ihren erwählten Vertretern haben, ungerecht und absichtlich geübte Maßnahmen betrachten sie als gegen sich selbst gerichtet.

In **Dresden** und **Niederbühlitz** haben die Rüstfabrikanten zum 30. Juni ablaufenden Vertrag gekündigt. Die Stellungnahme der Unternehmer ist noch ungewiß.

In **Freiberg** in **Sachsen** dauert der Streit in der Möbelfabrik Rutz fort. Der Firma will es trotz äußerster Anstrengung nicht gelingen, Arbeitswillige in den Betrieb zu bekommen. Der städtische Arbeitsnachweis in Meissen bietet wohl alles auf, Streikbrecher zu vermitteln, doch verlassen die Hergewiesenen sofort Freiberg wieder, nachdem sie über diesen Betrieb ausgeklärt werden. Auch der Stuhlbaumeister Otto von hier versucht den Streikenden den Kampf dadurch zu erschweren, daß er mit seinem Sohn und Lehrlingen der Firma beifpringt. Doch ist diese „Gefahr“ nicht ernst zu nehmen. Von den 48 Streikenden sind schon 16 abgereist oder anderweitig untergebracht. Eher werden alle abreißen, ehe sie zu den bisher gebotenen Bedingungen in den Betrieb gehen.

In **Hamburg**, **Altona**, **Wandsbeck** und **Umgegend** haben die Stellmacher einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Die eingeleitete Lohnbewegung sollte vor allen Dingen **Einheitsfront** in die so verschieden gelagerten Arbeitsverhältnisse bringen. Die Arbeitszeit schwante zwischen 54 bis 60 Stunden pro Woche. Während in 14 Werksstellen die 54stündige Arbeitszeit durchgeführt war, hatten zwei Betriebe noch 60stündige Arbeitszeit, in den meisten Betrieben wurde 57 Stunden gearbeitet. Die gute Konjunktur war jedenfalls der Hauptfaktor, der die Innungen von Hamburg, Altona und Wandsbeck beeinflusste, den eingereichten Forderungen in der Hauptsache die Zustimmung zu geben. In den Stellmacherbetrieben beträgt die wöchentliche Arbeitszeit vom 18. Mai ab 53 Stunden. Der durch die Arbeitszeiterkürzung entstehende Lohnausfall wird von den Arbeitgebern gedeckt. Für Ueberstunden erfolgt ein Zuschlag von 15 Pf. für Nacht- und Sonntagsarbeit von 30 Pf. pro Stunde. Es wird nun an den Stellmachern liegen, daß die Angehörigen in allen Betrieben strikte durchgeführt werden.

In **Köpenick** und **Adelphi** haben die Korbmacher eine Lohnbewegung ohne Arbeitsniederlegung durchgeführt. Erzielt wurde eine Lohnerhöhung von 5 Prozent. Auch gelang es, zum ersten Male einen Tarifvertrag abzuschließen, und zwar auf zwei Jahre. Durch den Tarifvertrag sind einige Sorten Körbe bis 17 Prozent erhöht. In einem Betrieb kam es zur Kündigung, doch gelang es vor deren Ablauf eine Einigung zu erzielen. In den Verhandlungen, an denen städtische Unternehmer bis auf Herrn Röhrenhändler teilnahmen, gaben die Herren auch zu, daß die Lohnverhältnisse einer Besserung bedürftig seien, in dem jetzigen Zustand sei aber die große Unmöglichkeit der Unterhaltung der Arbeiter schuld. Die Unmöglichkeit der Arbeit zu führen und dann auszunutzen, darin liehet Herr Röhrenhändler, beißlitzig er doch nur unorganisierte Leute und sucht jede Annäherung seitens des Verbandes

mit allen Mitteln zu hintertreiben. In dem Betriebe wird oft 80 bis 90 Stunden in der Woche gearbeitet und dann noch Heimarbeit geliefert. Auch Sonn- und Feiertags wurde ohne polizeiliche Genehmigung gearbeitet. Hoffentlich wird diesen Leuten auch bald klar, daß sie dadurch ihre Verhältnisse nicht bessern. Dieses kann nur durch eine feste Organisation geschehen. Sollte irgendwo von der Firma Klagen Arbeit angeboten werden, so mögen sich die Kollegen erst bei der hiesigen Lokalverwaltung erkundigen.

In **Langenbls** ist der Streit bei der Firma Schleifische Holzindustrie N.-G. vorm. Rischowewitz u. Schmitt nach elftägiger Dauer beendet worden. Nachdem zwischen den beiderseitigen Organisationsvertretern und der Firma eine Verständigung naheliegender erfolgt war, daß die Arbeit am besten Montag wieder aufgenommen wird, wenn am Sonnabend vorher die Verhandlungen über die Differenzpunkte geführt werden, konnten die Verhandlungen aufgenommen werden. Die Beschwerden der Kollegen über Berechnung neuer nicht auskömmlich bezahlter Akkordarbeiten mit alten Leisten bezahlten Arbeiten, als auch über die Art der Festsetzung neuer Akkordpreise fanden eine befriedigende Erklärung. Der § 12 des Tarifvertrages, der in seiner Fassung zu verschiedenartiger Auslegung Veranlassung gab und darum zu ununterbrochenen Differenzen führte, fand eine Auslegung und Klärung, die allgemein befriedigte, was auch in bezug auf die Mitwirkung des Arbeiterausschusses bei zu treffenden Betriebsanordnungen zutrifft. Die Kantinenfrage erfuhr ebenfalls eine Regelung, die zwar nicht den ungeteilten Beifall der Kollegen fand, im allgemeinen aber doch befriedigte. Hoffentlich hat der somit geschaffene Frieden Bestand, wofür es am guten Willen der Kollegenschaft auch in Zukunft sicher nicht fehlen wird.

In **München** ist am 1. Mai der Tarifvertrag für das **Wagenbaugewerbe** abgelaufen. Der Syndikus der Unternehmer erklärte, daß ein Tarifvertrag nicht mehr abgeschlossen werde, ebenfalls gäbe es in der Zukunft keine Mindestlöhne mehr und die Akkordarbeit müsse eingeführt werden. Nur wenn die Arbeiter diese Bedingungen akzeptieren, könne eine Verhandlung herbeigeführt werden. Die Arbeiterschaft mußte solche Bedingungen natürlich ablehnen und sie trat am 4. Mai in den Streit. Die Unternehmer versuchen nun mit allen möglichen Mitteln, Streikbrecher nach München zu locken. Die Wagnermeister werden aufgefordert, ihre Söhne und Gehilfen nach München zu senden, um den brutalen Gewaltakt, welcher von seiten der Gehilfen ausgeübt wird, niederzuschmettern und die Meister von der Unterjochung zu befreien. So haben es die Meister in ihrem Aufruf an ihre Kollegen wörtlich geschrieben. Wie schlecht es um die Sache der Unternehmer bestellt sein muß, ersieht man aus den Verdrehungen und falschen Nachrichten, welche der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das Wagenbaugewerbe in Bayern in diesem Aufruf seinen leichtgläubigen Lesern vorsetzt. Innerhalb zehn Jahren, schreibt er, wurde die Arbeitszeit im Wagenbaugewerbe von 63 auf 52 Stunden pro Woche verkürzt, die Löhne stiegen in diesem Zeitraum um 80 Prozent, heute verlangt man einen Mindestlohn von 56 Pf. für 18jährige Wagnergehilfen, also für noch Lernende. Durch dieses Tarifverhältnis ist dem minderleistungsfähigen Arbeiter ein Lohn garantiert geworden, den sie weihen nicht verdienten, schon wegen des nicht allzu großen Fleißes, und der Terrorismus von seiten der Gehilfen hätte in den Werkstätten keine Grenzen mehr. In dieser phrasenreichen Sprache geht es dann weiter. Was ist nun Wahrheit: Die Arbeitszeit wurde bereits vor 15 Jahren, im Jahre 1899, auf 59 1/2 Stunden festgesetzt, 1905 auf 56 Stunden und 1913 trat die 52stündige Arbeitswoche in Kraft. Die ältesten Münchener Wagnergehilfen können sich nicht erinnern, wann 63 Stunden gearbeitet worden wäre, das wird wahrscheinlich in der Zeit gewesen sein, als Herrn Eberts Großmutter seine Großmutter feierte. Der Lohn für einen selbstständigen Kastenmacher wurde 1905 im Minimum auf 48, in den Fabriken auf 50 Pf. festgesetzt, jetzt beträgt er 61 Pf., das ist nach Adnan Riese eine Lohnsteigerung innerhalb neun Jahren von 27 Prozent, Herr Ebert aber rechnet 80 Prozent heraus. Der Mindestlohn von 56 Pf. soll für noch lernende 18jährige gefordert sein, in der Forderung aber steht er deutlich nur für „Helfer und solche Gehilfen, welche das zweite Gejellenjahr hinter sich haben“. In München aber ist jeder Lehrling, wenn er Gehilfe wird, bereits über 18 Jahre alt, dann hat er zwei Jahre als Gehilfe zu arbeiten und, wenn er nicht Soldat wird, erhält er mit 20 Jahren diesen Mindestlohn von 56 Pf. Den Herren aber ist im ihrer Angst kein Mittel zu schlecht, um die Gehilfen zu verdächtigen, wenn sich dieselben erlauben, sich gegen Verschlechterungen zu wehren und gegenwärtig durch die beständige Verteuerung der Lebenshaltung, ein paar Pfennige Lohnaufbesserung zu fordern. An die Kollegen im ganzen Lande richten wir das Erfuchen, uns in unserem Kampfe beizutreten und jeden Zugzug nach München zu unterbinden. Es handelt sich in diesem Kampfe nicht mehr allein um die Lohnaufbesserung zu erringen, sondern um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft bei Festsetzung der künftigen Lohn- und Arbeitsbedingungen.

In **Ubersiebenbrunn** befinden sich die Kollegen der Möbelfabrik O. Weinhold wegen mehrfacher Vertragsverletzungen in der Abwehrbewegung. Es ist bereits zur Einreichung der Kündigung gekommen. Wir bitten um Fernhaltung des Zugzuges.

In **Dijon** sind bei der Firma Rich. Fürn, Bautischlerei, erste Differenzen ausgebrochen, so daß es wahrscheinlich zum Streit kommt. Arbeitsangebote sind nur an den Benollmächtigten zu richten.

In **Köpenick**, **Bezirk Dresden**, sind die Kollegen bei der Firma Geißler u. Söhne, Möbelfabrik, in die Lohnbewegung eingetreten. Es fanden zwar schon Verhandlungen statt, doch ist es zu einer Einigung bisher nicht gekommen. Die Firma fußt in sächsischen Zeitungen Arbeitskräfte. Zugzug ist fernzuhalten.

**Ausland.**

In **Sarajewo** (**Bosnien**) ist die Lage im Tischlergewerbe sehr gespannt. Vom Vorstand des Verbandes der Holzarbeiter für Bosnien und Herzegowina wird uns mitgeteilt, daß die Unternehmer sich Wuthe geben, die Arbeiter zum Streik zu treiben. Gegenwärtig ist die Geschäftslage wenig günstig, dagegen ist für das nächste Jahr eine gute Bautenkonjunktur zu erwarten. Der Tarifvertrag für das

Tischlergewerbe läuft zwar erst nächstes Jahr ab, die Unternehmer möchten aber den gegenwärtigen schlechten Geschäftsgang ausnützen, um die Arbeiter zum Abschluß eines ihnen ungunstigen Vertrages zu zwingen. Die Firma Buttazon u. Venturini bemüht sich besonders, trotz des Ueberangebotes an Arbeitskräften, Arbeiter aus dem Ausland heranzuziehen. Tischler und Maschinenarbeiter werden gewarnt, Arbeit nach Sarajewo anzunehmen. Auch der Zugzug vom Sapezieren ist fernzuhalten, da diese unmittelbar vor einem Lohnkampf stehen.

**Aus der Holzindustrie.**

**Ein Privatstimmen.**

Lebhafte Interesse für die Lohnsteigerungen welche die Holzarbeiter mit Hilfe des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes errungen haben, bekundet Tischlermeister Oskar Borsdorf, der zurzeit Angehörter des Arbeitgeber-Schutzverbandes in Berlin ist und ein tätiges Mitglied in der Schlichtungskommission fungiert. Er hat in der „Fachzeitung“ einen längeren Artikel veröffentlicht, aus welchem ersichtlich ist, daß er die „Holzarbeiter-Zeitung“ und die von unserem Verband herausgegebene statistische Literatur sehr aufmerksam studiert. Das ist eine anerkanntswerte Beschäftigung, und wenn Herr Borsdorf so fortfährt, dann wird er sicherlich noch recht viel lernen.

Sehr zutreffend ist seine Beobachtung, daß der Arbeitgeber-Schutzverband die Lohnstatistik arg vernachlässigt. Für die Unternehmer ist es dabei viel leichter, das erforderliche Material zu erlangen, als für die Arbeiterorganisation. Möglicherweise scheint man dort die immerhin recht beträchtliche Arbeitsleistung, welche für eine brauchbare Statistik aufgewendet werden muß. Aber wenn der Arbeitgeber-Schutzverband einen fleißigen Mann findet, der mit der erforderlichen Fähigkeit und vor allem mit dem guten Willen, objektiv die Wahrheit zu erforschen, ans Werk geht, dann könnten in der Tat Statistiken des Arbeitgeber-Schutzverbandes eine wertvolle Ergänzung zu den statistischen Arbeiten des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes werden.

Die lobenswerte Lernbegierde, die Herr Borsdorf beweist, veranlaßt uns, ihm mit einem guten Rat zur Hand zu gehen. Wenn man, wie er beabsichtigt, die Berechtigung von Lohnforderungen prüfen will, welche die Arbeiter aufstellen, dann genügt es nicht, zu berechnen, um welchen Betrag der Arbeitslohn, von einem gewissen Zeitpunkt ab absolut und relativ gestiegen ist. Ein Vergleich der Lohnsteigerung mit der Steigerung der Preise der Lebensbedürfnisse einschließlich Wohnungsanteile usw. in dem gleichen Zeitraum, bringt die Sache dem Verständnis schon etwas näher, aber auch das reicht noch nicht aus. Man muß, will man den Dingen auf den Grund gehen, auch die Steigerung des Einkommens und des Vermögens der besthenden Klassen mit in Betracht ziehen. Eine Untersuchung dieser Faktoren, welche sich ausschließlich auf die Tischlermeister und Holzindustriellen erstreckt, möchten wir Herrn Borsdorf freilich nicht empfehlen; das wäre vergebliche Arbeit, denn seine Kollegen werden sich hüthen, ihm über diese Fragen klaren Wein einzuschütten. Aber das ist auch gar nicht nötig. Es gibt sehr lehrreiche amtliche Statistiken über die Einkommens- und Vermögenssteuer. Für Anfänger auf diesem Gebiet, die sich in dem Wust der amtlichen Zahlen noch nicht zurechtfinden, gibt es übrigens auch recht brauchbare Bearbeitungen dieses Materials.

Es ist uns natürlich hier nicht darum zu tun, mit statistischen Zahlen zu operieren, wir wollen nur einem fleißigen Schüler Hinweis auf die anzuwendenden Methoden geben. Immerhin können wir so viel sagen: Der Reichtum der Besizenden, sowohl ihr Einkommen als ihr Vermögen, hat sich in so ungeheurer Weise vermehrt, daß der Abstand zwischen dem Einkommen der Besizenden und dem der arbeitenden Klassen, wenn man von einem bestimmten Zeitpunkt ausgeht, sagen wir seit 20, 30 oder 40 Jahren, ganz bedeutend gewachsen ist. Dieser Abstand steigt um so mehr, je weiter man den Ausgangspunkt der Untersuchung nach rückwärts verlegt.

Gesetzt den Fall, die Löhne wären in dem gleichen Maße gestiegen wie die Preise der Lebensbedürfnisse — infolge der „nationalen“ Steuer- und Zollwucherpolitik haben in den meisten Fällen die Löhne mit den in den letzten Jahren erfolgten Preissteigerungen nicht Schritt halten können — dann hätten die Arbeiter noch keineswegs Ursache zufrieden zu sein. Es fällt uns gar nicht ein, die gleichen bescheidenen Ansprüche an das Leben zu stellen wie unsere Eltern und Großeltern. Die Arbeiter erzeugen Reichtümer in so üppiger Fülle, daß genügend vorhanden ist, sie auch an dem Genuß der Kulturgüter teilnehmen zu lassen, die sie hervorgebracht haben. Die Sehnsucht nach höheren physischen und geistigen Genüssen unter den Arbeitern zu wecken und zu pflegen, ist eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften und natürlich auch des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Das ist die Kulturmission, die wir zu erfüllen haben.

Wenn man den Gewerkschaften nachfragt, daß sie die Begehrlichkeit der Arbeiter kürzen, dann empfinden wir das gar nicht als Vorwurf. Es gibt Leute, die in dem bedürfnislosen chinesischen Kuli das Ideal des Arbeiters erblicken und sich bemühen, das Kulturniveau des Deutschen Arbeiters auf das des Kulis herabzudrücken. Damit erweisen sie aber dem Vaterlande einen schlechten Dienst. Nicht die Züchtung von Millionären, sondern die Schaffung einer geistig hochstehenden, leistungsfähigen und lauffähigen Arbeiterschaft muß angestrebt werden, als Grundlage für die

glüte von Deutschlands Industrie und Handel. Dazu will auch der Deutsche Holzarbeiter-Verband für sein Teil beitragen und beschloß strebt er darnach, daß die Arbeitszeit verkürzt und daß die Löhne der Holzarbeiter erhöht werden.

Wir sind schon etwas ausführlicher geworden, als es eigentlich in unserer Absicht lag. Ueber dieses Thema läßt sich aber so vieles sagen, daß es im Grunde doch nur schwache Andeutungen sind, die wir gemacht haben. Immerhin hoffen wir, uns den Dank des Herrn Vorstands verdient zu haben; haben wir ihm doch einige Fingerzeige gegeben über die Richtung, in welcher er seine Studien fortsetzen kann. Die Dinge sind eben nicht ganz so leicht, wie er es sich vorgestellt hat, aber bei einigem Fleiß wird er die Schwierigkeiten überwinden können.

**Soviel Ärger um einen — Trunkenbold.** Aus Lübeck wird uns geschrieben: Unsere lieben Freunde, die Hirsche, können sich immer noch nicht darüber beruhigen, daß einer der ihren vom paritätischen Arbeitsnachweis nicht an eine offene Stelle vermittelt wurde, für welche ausdrücklich ein zuverlässiger Mann gesucht wurde. Beklagter Hirsch ist aber ein notorischer Trinker und die beiderseitigen Arbeitsvermittler waren sich darüber einig, daß er für die fragliche Stelle nicht in Betracht kommen konnte. Was zu dem Fall zu sagen ist, wurde bereits in Nr. 14 der „Holzarbeiter-Zeitung“ ausgeführt. Jetzt bringt die „Eiche“ wieder einen langen Artikel über den gleichen Gegenstand. Man kann von uns nicht verlangen, daß wir bereits Gesagtes wiederholen; aber wir wollen zum Ueberflus doch noch wiederholen, daß die Mitglieder des Gewerksvereins im Arbeitsnachweis nicht zurückgesetzt, allerdings auch nicht bevorzugt werden. Wenn Herr Rosenquist gesagt haben soll, es sei recht, daß die Gewerksvereine nicht vermittelt werden, dann ist es keine Sache, sich dazu zu äußern. Wichtig ist, daß die Gewerksvereine gerade so vermittelt werden, wie früher, als sie noch Vertragskontrahenten waren. Das ist ihnen von uns gesagt worden, und so wird auch gehandelt.

Dann wird eine Sitzung des Kuratoriums vom 7. Januar 1912 ausgegraben, zu welcher die Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes nicht erschienen seien. Diese Tatsache ist richtig und sie findet ihre Erklärung darin, daß sie, vermuthlich infolge eines Verfehlers, nicht eingeladen waren. — Neuerdings haben sich die Hirsche mit einer Eingabe wegen des Arbeitsnachweises an den Senat gewandt, und dieser hat einen Dr. Lütz mit der Untersuchung beauftragt. Das Ergebnis der Untersuchung wird voraussichtlich so sein, daß die Hirsche künftig jammernd werden, den Blindens des Schutzverbandes und des Holzarbeiter-Verbandes habe sich auch der Senat angeschlossen. — Und das alles wegen eines notorischen Trunkenboldes.

**Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe** beruft seine zwölfte Generalversammlung auf den 20. Juni nach München. Auf der vorläufigen Tagesordnung steht außer den geschäftlichen Angelegenheiten nur „Stellungnahme zu den kommenden Tarifverhandlungen“ und „Die neuen Handelsverträge und ihre Wirkung auf das Holzgewerbe“. Für den Abend des gleichen Tages wird an dieselbe Stelle die „Konstituierende Generalversammlung der Streikendensfähigens-Kasse“ einberufen. Ueber diese neue Einrichtung ist bisher öffentlich nichts bekanntgegeben worden. Es scheint, als ob im Schutzverband eine Trennung in der Verwaltung des Streikunterstützungsfonds von den übrigen Fonds durchgeführt wird. Die konstituierende Generalversammlung soll über die Verwendung des vorhandenen Vermögens beschließen und die an der Streikversicherung teilnehmenden Verbände und die Entschädigungsquote feststellen. Auf der Tagesordnung steht ferner: Vorstandswahl, Festsetzung des Haushaltsplanes und Verschiedenes. Anschließend an die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes findet gleichfalls in München, am 21. und 22. Juni, der 31. deutsche Eischler-Tag des Bundes deutscher Eischlerinnen statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: „Die zu erwartende Novelle zur Gewerbeordnung unter besonderer Berücksichtigung der Frage: „Fabrik und Handwerk“ und der § 100a“, „Das Submissionswesen in Theorie und Praxis“, „Die amtlichen Feststellungen über die Verhältnisse der Bauhandwerker in den Großstädten und die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes betr. die Sicherung der Bauhandwerkerforderungen“, „Die Erneuerung der Handelsverträge und die Holzzölle“.

**Der Verband selbständiger deutscher Bürsten- und Pinselmacher und ihrer Anningen** will seinen 13. Verhandlungstag am 23. und 24. August in Görlitz abhalten und dabei u. a. über die Beteiligung des Bürstenmacherhandwerks auf der Ausstellung „Das deutsche Handwerk Dresden 1915“ beschließen.

### Gewerkschaftliches.

**Die Generalkommission der Gewerkschaften im Jahre 1913.** Die Generalkommission leitet ihren im „Correspondenzblatt“ veröffentlichten Bericht mit Betrachtungen über die Wirkung der großen Arbeitslosigkeit ein. Nach der Stellungnahme der Regierung ist auf eine reichsgesetzliche Aktion zugunsten der Arbeitslosen für absehbare Zeit nicht zu rechnen. Die Einzelstaaten haben positive Leistungen auf diesem Gebiet überhaupt nicht aufzuweisen und nur 14 Gemeinden haben eine, dazu meist unzureichende Unterstützung an Arbeitslose vorgesehen. Dagegen haben die Gewerkschaften namhafte Summen an die Arbeitslosen gezahlt. Es ihres gemeinnützigen Wirkens werden aber die Gewerkschaften nicht nur von den Unternehmern, sondern auch von der Staatsgewalt bekämpft.

Der Bericht bespricht den Versuch, die Gewerkschaften als politische Vereine dem Vereinsgesetz zu unterstellen und behandelt die Frage der Scharfmacher gegen das Koalitionsrecht und die dagegen ergriffenen Abwehrmaßnahmen. Die Entwicklung auf sozialpolitischem Gebiete kann jetzt kurz erwähnt werden, denn außer den Gesetzen über die Einschränkung der Konkurrenzkauf und über die Sonn- und Feiertagsruhe im Handelsgewerbe, die zwar beide noch nicht verabschiedet sind, aber darin übereinstimmen, daß sie die Wünsche der Angestellten nur in unzulänglichem Maße be-

rücksichtigen, ist auf diesem Gebiete nichts zu berichten. Das Inkrafttreten der die Krankenversicherung betreffenden Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung hat bei diesem Gesetz anhaftenden Geist des Rückschritts den Arbeitern erst recht zum Bewußtsein gebracht. Leider hat auch die Beteiligung an den Krankenkassenwahlen an vielen Orten den gehegten Erwartungen nicht entsprochen. Die Gewerkschaften werden unstig für die Vorbereitung der sozialen Wahlen eine energiereichere Tätigkeit entwickeln müssen.

Die ungünstige Wirtschaftslage hat die Entwicklung der Gewerkschaften aufgehalten. Sowelt Angaben vorliegen, ist die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt ein wenig gestiegen, dagegen ist vom Jahresanfang zu Jahresende gerechnet ein allerdings nicht erheblicher Rückgang der Mitgliederzahl eingetreten. Nachdem der Bericht die Verschmelzung des Lagerhalter-Verbandes mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und des Verbandes der Blumenarbeiter mit dem der Fabrikarbeiter erwähnt hat, bespricht er kurz die Tarifbewegungen im Baugewerbe, in der Holzindustrie und im Malergewerbe sowie die größeren Lohnkämpfe. Beachtenswert sind die Bemerkungen, welche die Generalkommission in diesem Zusammenhang über den Streik auf den Seeschiffswerften macht. Hierüber heißt es in dem Bericht:

Außerordentlich bedauerlich sind die Vorgänge auf den Werften. Die Arbeiter der Schiffbauindustrie gingen unter Bruch der gewerkschaftlichen Disziplin eigenmächtig vor und legten die Arbeit nieder, ohne den Abschluß der schwebenden Verhandlungen abzuwarten. Nach Lage der Dinge blieb den in Frage kommenden Organisationsstellen nichts übrig, als diesem übereilten Vorgehen die Sanktion zu verweigern. Die unangenehmen und betrübenden Begleiterscheinungen jenes Disziplinbruches werden hoffentlich dazu beitragen, daß in Zukunft ähnliche Dinge sich nicht wiederholen.

Die gewerkschaftlich-gesellschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft „Vollversicherung“ hat sich seit ihrem Bestehen gut entwickelt; ebenso kann die proletarische Jugendbewegung schöne Fortschritte verzeichnen. In der Zentralstelle für die arbeitende Jugend, welche die Agitation für die Jugendbewegung zu letzten hat, ist auch die Generalkommission beteiligt.

In der ersten Hälfte des vorigen Jahres wurden zwei gewerkschaftliche Unterrichtsreisen abgehalten, die von 71 bzw. 69 Teilnehmern besucht waren. Künftig soll, einem Beschluß der Konferenz der Vorstandsvertreter entsprechend, nur noch jährlich ein Kursus abgehalten werden, dessen Teilnehmerzahl 50 nicht überschreiten soll. Der im Winterhalbjahr 1913/14 abgehaltene Kursus war von 54 Teilnehmern und einer Hospitantin besucht. Außerdem fand ein sechswöchiger Unterrichtsurlaub für Arbeitersekretäre statt, an welchem 26 Sekretäre teilnahmen.

Die von der Generalkommission herausgegebenen Zeitschriften haben im Berichtsjahre eine wesentliche Aenderung nicht erfahren. Die Auflage des „Correspondenzblatt“ stieg von 30 000 auf 30 500. Der „Arbeiterrechts-Bote“ wird eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Ihre Verfeinerung als besonderes Gewerkschaftsblatt, heißt es in dem Bericht, kann nach der Entwicklung, die sie seither genommen hat, nur noch eine Frage der Zeit sein. Die Auflage des in italienischer Sprache erscheinenden Gewerkschaftsblattes „Opereto Italiano“ stieg von 10 184 auf 10 202 Exemplare und die der polnischen „Dziwna“ von 8034 auf 8639 Exemplare.

Die Einnahmen der Generalkommission betragen einschließlich des Bestandes von 435 366 Mk. am Schluß des Vorjahres 1 067 988 Mk. Der Hauptteil der Einnahmen mit 429 393 Mk. sind Beiträge der Gewerkschaften. Von den Ausgaben entfällt auf Agitation, wozu insbesondere die Unterhaltung von Agitationskommissionen in verschiedenen Landesteilen, von Arbeitersekretariaten in Rattowitz und Saarbrücken, ferner Zuschüsse an die Verbände der Hausangestellten und der Kondarbeiter sowie an verschiedene Gewerkschaftskartelle und Bezirkssekretariate gehört, 224 395 Mk. Die Unterhaltskosten verursachen eine Ausgabe von 61 379 Mk., davon 53 738 Mk. Bezüge der Kursteilnehmer. Die Bauausstellung verursachte eine Ausgabe von 51 888 Mk. Am Jahresanfang verfügte die Generalkommission über ein Vermögen von 494 941 Mk. Die Gelder zur Unterstützung von Streiks und Aussperrungen werden getrennt verwaltet. In diesem Fonds waren am Schluß des Jahres 1912 82 670 Mk. Zur Unterstützung der Maler bei der Aussperrung steuerten die Verbände 288 498 Mark bei. Die Sammlung für die Gewerkschaften in Bulgarien und Serbien ergab 35 935 Mk., für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland gingen 23 560 Mk. ein und für sonstige Streiks und Aussperrungen 17 274 Mk., wozu noch 2315 Mk. an Zinsen kommen. Von diesen Summen wurden unterstützt die Tabakarbeiter mit 16 784 Mk. und die Maler mit 230 000 Mk. Ins Ausland gingen 80 935 Mk., und zwar erhielten die Gewerkschaften in Italien 5000 Mk., die Gewerkschaften in Bulgarien und Serbien 35 935 Mk., die ausgesperrten Textilarbeiter in Lodz 10 000 Mk. und die ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland 30 000 Mk. 5823 Mark wurden an die Zentralverbände zurückgezahlt, so daß am Jahresanfang ein Bestand von 116 710 Mk. verblieb.

**Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.** Vom 4. bis 6. Mai fand in Berlin wiederum eine Vorstandskonferenz der Gewerkschaften statt. Die sich, wie wir dem „Correspondenzblatt“ der Generalkommission entnehmen, in der Hauptsache mit Tagesordnung des diesjährigen Gewerkschaftskongresses in München und den hierzu gestellten Anträgen und Vorlagen beschäftigte. In erster Stelle wurde über das umgearbeitete Regulative für das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands beraten, das in vier Abschnitten die allgemeinen Bestimmungen für das Zusammenwirken, die Erledigung von Grenzstreitigkeiten, die Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen und die Gewerkschaftskartelle behandelt. Die allgemeinen Bestimmungen enthalten gemäß dem feierlichen Regulative für die Generalkommission (vergl. Beschluß des Stuttgarter Kongresses 1902) die Befugnisse über die gemeinsamen Zwecke der Gewerkschaften, über die gemeinsamen Organe (Generalkommission, Vorstandskonferenzen und Ge-

werkschaftskongresse) sowie die Bedingungen der Beteiligung, die besonderen Aufgaben und Regeln der Generalkommission, der Vorstandskonferenzen und Kongresse. Vorzuziehen ist hierbei die Beteiligung des Gewerkschaftsausschusses, dessen Funktionen auf die halbjährlich stattfindenden Vorstandskonferenzen übergehen, die Aufgabe der Generalkommission, die Erledigung von Bezirkssekretariaten zu fördern und die Erhöhung des Jahresbeitrages an die Generalkommission von 18 auf 20 Pf. In den Bestimmungen über die Erledigung von Grenzstreitigkeiten wird die vom Hamburger Kongreß (1908) beschlossene Resolution erweitert durch die Einfügung schiedsgerichtlicher Erledigung für solche Streitigkeiten über die Abgrenzung von Organisationsgebieten, aus deren Weiterbauer sich erste Städteingen des Zusammenwirkens der Gewerkschaften ergeben. Das Schiedsgericht wird aus je drei von den streitenden Parteien gewählten unbeteiligten Gewerkschaftsvertretern und einem von diesen gewählten Vorsitzenden gebildet. Sein Spruch ist endgültig und bindend.

Der Abschnitt über die Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen gibt die Grundzüge der hierauf bezüglichen Kölner Resolution (1905) wieder, ergänzt durch die Einfügung des Umlageverfahrens an Stelle der freiwilligen Unterstützungen und Sammlungen sowie die für die Durchführung erforderlichen Vorschriften.

In den Bestimmungen über die Gewerkschaftskartelle sind die Befugnisse des Kölner Kongresses (1905), ergänzt durch die auf die Kartelle bezüglichen Vorschriften der Hamburger Botschaftsresolution, wiedergegeben.

Die Zusammenfassung aller dieser, das Zusammenwirken der Gewerkschaften regelnden Befugnisse hat sich seit Langem als zweckmäßig erwiesen. Der Wortlaut des Regulativs ist im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht.

Die schiedsgerichtliche Erledigung eines Grenzstreites zwischen den Verbänden der Brauerei- und Mühlenarbeiten und der Transportarbeiter hat im Organ des letzteren Verbandes eine Kritik erfahren, die das Schiedsgericht herabsetzt und die Untertänigkeit des Schiedsgerichtes gefährdet. Die Vorstandskonferenz sprach über diese Polemik ihr tiefstes Bedauern aus und wies die Angriffe auf das Schiedsgericht einmütig zurück.

In eingehender Weise wurde sodann zu der Politischerklärung einer Reihe von Gewerkschaften durch preussische Polizeibehörden und Gerichte Stellung genommen. Dabei kam allenfalls die Meinung zum Ausdruck, daß nur gegen die freien Gewerkschaften solche Maßregeln verhängt würden, obwohl die Wirksamkeit anderer Gewerkschaftsrichtungen und besonders auch der Arbeitgeberverbände in weit höherem Maße als politisch betrachtet werden müsse. Es herrschte darin Uebereinstimmung, daß die Abwehr dieser Polizeimittel die Beschaffung und Veröffentlichung von Materialien über die politische Tätigkeit solcher Organisationen erforderlich mache, um eine gerechte Handhabung der Gesetze und Sicherung gegen willkürliche Auslegungen des Berechtigtes herbeizuführen. Aus Anlaß der Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, das Arbeitsvermittlungswesen in unparteilichem, bürokratischem Geiste zu reorganisieren, die gewerkschaftlichen und paritätischen Facharbeitsnachweise auszuklammern und eine gewerkschaftsfeindliche Zwangsverpflichtung auf diesem Gebiete vorzubereiten, wurde beschlossen, diese Angelegenheit als besonderen Tagesordnungspunkt auf dem Münchener Gewerkschaftskongreß zu behandeln.

Im weiteren wurde über die Regelung des gewerkschaftlichen Geldverkehrs, mit besonderer Berücksichtigung der Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Kaufvereine, über die Frage der Errichtung von Produktionsgenossenschaften und über einige andere gewerkschaftliche Angelegenheiten verhandelt.

**Der Gärtner-Verband** kann für das Jahr 1913 über einen Mitgliederzuwachs um 515 im Jahresdurchschnitt berichten, er zählt jetzt 7465 Mitglieder. Im ganzen Jahre hat der Verband an Beiträgen 171 000 Mk., an sonstigen 28 000 Mk. vereinnahmt. Unter den 183 000 Mk. Ausgaben stehen Agitation und Verwaltung mit 40 000 Mk. obenan; die Verbandszeitung kostete 23 000 Mk., die Arbeitslosenunterstützung erforderte 23 600 Mk., die Lohnkämpfe 18 000 Mk. Als Vermögen verblieb am Jahresanfang 78 000 Mk. Die verhältnismäßig hohen Ausgaben für Mitgliedererwerb und -erziehung erklären sich daraus, daß dieser Verband gleich einigen anderen mit ähnlich gelagerten Verhältnissen als Durchgangsstation für werdende Gewerkschaftler dient und so der Stamm älterer Mitglieder klein bleibt. Die glücklich gewonnenen und eingeführten Mitglieder scheiden zu einem großen Teil nach wenigen Jahren infolge Berufswechsels aus und kommen dann anderen Gewerkschaften zugute. Diese sollten sich deshalb des jungen Nachwuchses des Gärtnerberufes mit besonderer Liebe annehmen.

**Der Lithographen-Verband** hatte zu Ende des Jahres 1913 insgesamt 154 Mitgliedschaften und 16 553 Mitglieder. Außerdem hatte seine Jugendabteilung 2243 Lehrlingsmitglieder. Der Verband verfügte über einen Kassenbestand von 137 874 Mk.

**Der Fabrikarbeiter-Verband** hat im Jahre 1913 seinen Mitgliederbestand stabil erhalten. Die eingetretenen Verschiebungen — bei den männlichen Mitgliedern 80 mehr, bei den weiblichen 293 weniger — sind bei der Größe dieser Gewerkschaft unwesentlich. Allerdings ist zu beachten, daß dieser Verband noch ein unbegrenztes Rekrutierungsgebiet hat. Der wirtschaftliche Niedergang machte sich natürlich auch hier bemerkbar, indem die Zahl der Eintritte um 20 000 gegen das Vorjahr zurückblieb, die Mitgliedschaft setzte sich am Jahresanfang aus 181 353 männlichen und 26031 weiblichen Personen zusammen, umfaßte also 207 384 Personen. Die reinen Einnahmen des Verbandes beliefen sich auf 4 1/2 Millionen Mark. Dem stehen 2 1/2 Millionen Mark an Unterstützungsausgaben (1 1/2 Millionen Mark allein für Erwerbslose) gegenüber. Die Gesamtausgaben erreichten 3,8 Millionen Mark. Dem Vermögensstande der Verbandshauptkasse konnten infolgedessen noch rund 700 000 Mk. zugeführt werden, er stieg auf 3 860 500 Mark. Da die Lokalkassen außerdem über 1 025 800 Mk. verfügen, beträgt das gesamte Vermögen des Verbandes 4 885 800 Mk.

Anzeigen.

Chemnitz. Der Arbeitsnachweis befindet sich auf unserem Verbandsbureau, Dresden Str. 38, 1. Umfchau...

Chemnitz. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen sich zuvor bei dem Kassierer Karl Wirth...

Chemnitz. Der Arbeitsnachweis befindet sich Brauhausgasse 11, pl. Umfchau streng verboten.

Chemnitz. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Büro, Hirschenstr. 24, 1. Geöffnet von 11-1 und 5-7 Uhr...

Chemnitz. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, erst in unserer Geschäftsstelle, Schützenstr. 200, Auskunft zu holen...

Chemnitz. Die Glühbirnen-Holzwarenfabrik sucht in hiesiger Gegend tüchtige Drechsler...

Halle a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich hier, 11/4. Die Arbeitsvermittlung erfolgt vormittags 11/2 Uhr...

Hamburg. Drechsler aller Branchen. Das Umfchau sowie schriftl. Anfragen bei den Unternehmern ist strengstens verboten...

Herford. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten A. Meidner...

Hildesheim. Der Arbeitsnachweis der Möbelschreiner befindet sich im Hofhaus, Severinstr. 199, im Verbandsbureau...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Hildesheim. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Eberhardt...

Für meine Tischlerei in Schlesw.-Holst. suche jungen, tücht. und strebsamen Tischler als Teilhaber...

Tüchtige, selbständig arbeitende Tischler, nicht unter 24 Jahren, auf Ladenbau und eichene Möbel stellt bei höchstem Lohn sofort ein...

Möbelschreiner. Mehrere tüchtige Möbelschreiner, die selbstständig auf bessere Möbel arbeiten können, sucht Ernst Beck, Vietigheim (Württbg.) Möbelschreiner.

Tischler sucht Stellung in einer Bau- und Möbelschreiner als Werkführer oder als Stütze des Meisters. Gute Erfahrung im Kalkulieren u. Zeichnen. Angebote unter G. S. 895 an die Expedition dieser Zeitung.

Ein tüchtiger Stocktaspler wird nach Mitteldeutschland verlangt. Meldungen erbeten an den Zentralarbeitsnachweis f. d. Stockindustrie, Berlin SO. 16, Rungestr. 30.

Knopf-, Perlmutter- und Galalithdrehler

finden lohnende Beschäftigung bei Teo Warncke & Co. Knopffabrik Helmarshausen (Bez. Cassel).

Mehrere tüchtige Hartgummidreher, firm im Gewindefschneiden, finden bei uns sofort lohnende und dauernde Stellung. Gebrüder Metten, Gummersbach, Rhld.

Norwegen.

Korbmacher

auf Bekreuztes für dauernd gesucht. Tarifserhöhung. 48 St. pro Woche. Reise vergütet.

Kind, Christiania, Chr. Augustsg. 5. Korbmacher

Einige Arbeiter auf Peddigrohrmöbel bekommen Arbeit bei A. Bengler, Kopenhagen, Korsgade 16.

3 bis 4 tüchtige, solide Arbeiter auf Peddigrohrmöbel suchen für dauernd Quenia-Häni & Co., Aarberg (St. Bern, Schweiz).

Korbmacher

auf Reiseförbe, sucht für dauernd Zeiger Transportkorbfabrik, Belg.

Suche auf sofort ein Korbmachergehilfen auf Großgeschlagen (Hannov. Maß Zoll 15 Pf.) H. Ulrich, Korbmachermstr., Celle, Hannov.

Jüngere Korbmacher auf Gestellarbeit sowie einer auf Geschlagen, Rohrarbeit und Reparatur per sofort auf dauernde Arbeit gesucht. Berg & Schulz, Hlenoburg.

Korbmacher auf Geschlagen sucht sofort Herm. Haase, Gretrada b. Scheffoldig.

Einige tüchtige Gestellarbeiter auf Peddigrohrmöbel zum sofortigen Eintritt gesucht. Edm. Lambö, Rohrmöbelfabrik Malines (Belgien), 39, rue des Jardiniers.

Mehrere Korbmacher a. Mattarbeit können noch sofort od. später bei gut. Akkordlöhnen u. gutem Material, für den vergrößerten Neubau meiner Werkstatt eintreten. Peter Wiesner, Korbfabrik, Groß-Umland Kreis Offenbach a. M.

Zwei Korbmacher, die gut auf Rohrförbe eingestellt sind, finden dauernde Stellung. C. Schöpflein, Heilbrunn a. Neckar.

2 bis 3 Korbmachergehilfen auf Reife- u. Bajaförbe, auch Rohrförbe, sofort f. dauernd gesucht. F. Häbner, Greifswald, Rungestr. 44.

Tüchtige Korbmacher in Gestellarbeit u. feine Peddigrohrmöbel nach Zeichnung sofort gesucht. Lippe & Pöhl, Leuben-Dresden.

2 Korbmacher auf Grängegeschlagen für dauernde Arbeit gesucht. Nur tüchtige Arbeiter wollen sich melden. Fr. Ulrich, Perleberg.

2 Korbmacher auf feste Mattarbeit gesucht. L. Amelien, Wilsen a. Luhe.

Gesucht werden 2 tüchtige Korbmacher auf moderne Peddigrohrmöbel. Stöber, Perlach 194 bei München.

Gewandte, solide Korbflechter auf Vork- u. Reiseförbe finden dauernde Anstellung bei Quenia-Häni & Co. Korbwaren- und Rohrmöbel-Fabrik Aarberg (St. Bern), Schweiz.

Gesucht auf sogleich ein Korbmachergehilfen auf geschlagene Arbeit. G. Werner, Harburg (Elbe), Am Wall 17.

Ein Korbmacher, tüchtig auf geschlagene u. sonstige Arbeit, wird für dauernd gesucht. F. Volbt, Stettin, Schuhstr. 26.

Tüchtiger Korbmacher findet sofort oder bis 1. Juni gute Stelle bei Georg Stoppel, Lindenbergr (Schwaben) Korbgewerk.

Suche sofort 2 Korbmacher a. Geschlagenes und Eifenförbe. B. Ackermann, Corbetha. Wir suchen zum sofort. Eintritt tüchtigen Arbeiter auf Peddigrohrmöbel gegen hohen Lohn. Ph. Herbach & Co. Rohrmöbelfabrik, Neustadt a. Haardt.

Gesucht auf sogleich ein Korbmachergehilfen auf geschlagene Arbeit. G. Werner, Harburg (Elbe), Am Wall 17.

Ein Korbmacher, tüchtig auf geschlagene u. sonstige Arbeit, wird für dauernd gesucht. F. Volbt, Stettin, Schuhstr. 26.

Tüchtiger Korbmacher findet sofort oder bis 1. Juni gute Stelle bei Georg Stoppel, Lindenbergr (Schwaben) Korbgewerk.

Suche sofort 2 Korbmacher a. Geschlagenes und Eifenförbe. B. Ackermann, Corbetha.

Wir suchen zum sofort. Eintritt tüchtigen Arbeiter auf Peddigrohrmöbel gegen hohen Lohn. Ph. Herbach & Co. Rohrmöbelfabrik, Neustadt a. Haardt.

2 Korbmachergehilfen auf Grängegeschlagen und Mattarbeit zu sofort gesucht (gute Arbeiter). Ernst Rothbarth, Korbmachermstr., Straßburg, Vudenstr. 10.

Gesucht 3 Korbmacher auf Mattarbeit. G. Wahlgren, Korbmacherei, Bergedorf.

Korbmachergehilfen auf Mattarbeit stellt sofort ein Herm. Blehr, Groß-Schönau-Breslau.

Mehrere tüchtige Bürstenholzbohrer für dauernde Arbeit gesucht. Akkord od. Wochenlohn. D. Meyer, Bürstenbörzefabrik, Siebenbüumen (Holst.).

Röhrenbürsten-Dreher, (nur geübte Leute) bei gutem Verdienst für dauernd gesucht. Ernst Pöhl Jun. Drahtbürsten-Spezial-Fabrik, Chemnitz.

Per sofort tüchtiger, solid. Bürstenmacher für dauernd gesucht. W. Windermann, Celle, Hannover Bürstenfabrik.

Einen Hölzschneider, Lohn 9, 10 und 11 Pf. pro Paar, wünscht B. Felsing, Wenzlau.

Organisationsfragen

der Hartgummidrehsler Verhandlungen der Reichskonferenz der Hartgummidrehsler zu Berlin am 28. und 29. Dezember 1913.

48 Seiten. Preis 30 Pf. Vorzugspreis für die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes 10 Pf.

Bestellungen sind an die Zahlstellenverwaltungen zu richten. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H.

Berlin SO. 16 :: Am Kölln. Park 2.

Tischlerei-Einrichtung

Bandsäge, Hobelmaschine, Abrichtmaschine, schwere Fräse, Tischkreissäge, Pendelabkürzsäge, Langlochbohrmaschine, Messerschleifmaschine, gut erhalten, billig, sofort lieferbar.

HIRSCH & Co., Maschinenfabrik Berlin N. 65, Müllerstraße 30.

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel

liefert seit 30 Jahren Jean Holze & Co. Hamburg, Besenbinderhof 70.

Bleistifte u. Maßstäbe. „Solidarität“ nur von Jean Blos, Nürnberg-Stein.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Entworfen vom Arbeitgeber-Gewerkschaft für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiterverband

Wochenbericht vom Sonnabend, 9. Mai bis Freitag, 15. Mai 1914. A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeldete Arbeitslose am Schluss der Woche.

Table with columns: Ort, Berufszweig, A, B, C, and rows for various locations like Berlin, Bremen, Dresden, etc.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes G. m. b. H. in Berlin SO. 13.

Paul Horn Lackfabrik Hamburg 23. Unübertroffen und darum von so großer Werbekraft sind meine wasserrechten, eigenen Verfahren hergestellten und gereinigten Schellackpolturen und melmo hochmodernen Holzbeizen...

Wertvoll für jeden Holzarbeiter! Lehrbuch z. Anterligung Photogr. Apparate, 40 S., geg. 35 Pf. i. Briefm. vers. E. Pilz, Leipzig 1, Westst. 50

Moderne Büromöbel kräftige, solide Konstruktion unter Verwendung bester Materialien. Rheinisch-westfälische Holzindustrie G. m. b. H., Dortmund.

Kunstgewerbliche Tischlerichule Blankenburg, H. 2. Programm frei. Direktor Reineking.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erstkl. techn. u. kunstgewerblich. Lehranstalt m. Handelskursen. Gröste und anerkannt beste Privat-Mannverlang. schule der Branche. - Im 8. Schuljahr Beweise u. erhaltene 69 Schüler Stellung. Prospekte

Tischlerfachschule Detmold. 51b. Med. Detmold. Adresse u. leistungsfähigste Schule. Gründl. u. gewissenh. Ausbild. in allen techn. u. kalk. Fächern. - Erstkl. Handelslehranstalt. Städtisches Schulgebäude.

Tischlerfachschule Ilmenau. Schnelle und sichere Ausbildung. DIREKTION: Architekt Kallson.

Kunstgew. Tischler-Fachschule Cöthen. Erste deutsche Beiz- und Poliermeister-Schule. Spezialkurse für alle Betriebsbeamten. Programm kostenlos durch die Direktion.